

# **Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risiko-**

**aktivitäten**  
(RiskV)

## **Ergebnisbericht der Vernehmlassung**

Magglingen, 15. Mai 2012

Der Ergebnisbericht ist in allen 3 Landessprachen verfügbar unter der Adresse:

# Inhaltsverzeichnis

---

## **1 Ausgangslage**

## **2 Vorbemerkungen**

### **2.1. Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren**

### **2.2. Darstellung der Ergebnisse im Vernehmlassungsbericht**

## **3 Grundsätzliche Einschätzung der Vorlage**

## **4 Die Ergebnisse im Einzelnen**

### **4.1. Zentrale und übergreifende Themen**

### **4.2. Die einzelnen Artikel**

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

2. Kapitel: Bewilligungen

1. Abschnitt: Bergführerinnen und Bergführer, Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrer, Wanderleiterinnen und Wanderleiter sowie Kletterlehrerinnen und Kletterlehrer

2. Abschnitt: Zertifizierung

3. Abschnitt: Befreiung von der Bewilligung

4. Abschnitt: Verfahren

3. Kapitel: Versicherungs- und Informationspflicht

4. Kapitel: Anwendbarkeit der Strafbestimmungen des Gesetzes

5. Kapitel: Schlussbestimmungen

Anhang (Art. 14 Abs. 2 RiskV)

## **5 Anhänge**

## **1 Ausgangslage**

Das Parlament hat am 17. Dezember 2010 dem Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (Gesetz) in der Schlussabstimmung zugestimmt (BBl 2010 8971). Die Referendumsfrist ist am 7. April 2011 ungenutzt abgelaufen.

Das Gesetz geht auf die parlamentarische Initiative Cina „Rahmengesetz für kommerziell angebotene Risikoaktivitäten und das Bergführerwesen“ (00.431) zurück, die am 23. Juni 2000 im Nachgang zu den schweren Unfällen im Berner Oberland (Saxetbach und Bungee Jumping-Unfall in Stechelberg) eingereicht wurde.

Mit Beschluss vom 30. November 2011 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) bei den Kantonen und den interessierten Personen und Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten durchzuführen. Die Unterlagen zum Vernehmlassungsverfahren wurden nach dem Beschluss des Bundesrates auf der Webseite der Bundeskanzlei und des Bundesamtes für Sport (BASPO) publiziert. Die Adressaten<sup>1</sup> der Vernehmlassung wurden dahingehend informiert. Am 13. Dezember 2011 wurde die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens im Bundesblatt publiziert<sup>2</sup>. Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis 31. März 2012.

## **2 Vorbemerkungen**

### **2.1 Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren**

Neben den Kantonen wurde die Konferenz der Kantonsregierungen sowie 52 interessierte Organisationen und Verbände, gesamthaft 79 Vernehmlassungsadressaten und -adressatinnen, begrüsst. Im Rahmen der Vernehmlassung gingen insgesamt 122 Stellungnahmen ein (25 Kantone, 93 interessierte Organisationen und Verbände sowie 4 Privatpersonen).<sup>3</sup>

Im Rahmen dieses Vernehmlassungsverfahrens hat sich auch die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ zur Verordnungsvorlage geäußert. Ihre Vorbringen werden im Rahmen des weiteren verwaltungsinternen Verfahrens berücksichtigt.

### **2.2 Darstellung der Ergebnisse im Vernehmlassungsbericht**

Die Vernehmlassenden werden in der Regel mit Abkürzungen (vgl. Anhang 5.2) zitiert. Bei Institutionen, für die keine offiziellen oder mehrdeutige Abkürzungen vorliegen, wurden aus Praktikabilitätsgründen ad hoc neue Abkürzungen geschaffen.

Für den Vernehmlassungsbericht wurden die Teilnehmenden in zwei Kategorien (Kantone und interessierte Organisationen) eingeteilt. Die Reihenfolge innerhalb einer Kategorie ist zufällig und drückt keine inhaltliche Wertung aus.

---

<sup>1</sup> Vgl. Liste in Anhang 5.1.

<sup>2</sup> BBl 2011 9019.

<sup>3</sup> Vgl. Liste in Anhang 5.2.

### 3 Grundsätzliche Einschätzung der Vorlage

In folgender Tabelle wird ein Überblick über die generellen Stossrichtungen der Vernehmlassungsteilnehmenden vermittelt:

	Begrüssen Verordnung in dieser Form	Lehnen Verordnung in dieser Form ab	Gemischte / neutrale Haltung / Detailkritik	Verzicht auf eine Stellungnahme
<b>Kantone</b>	TG, AG, SO, LU, AI, GL, NW, FR, VS		JU, BE, UR, BS, NE, ZH, GR, AR, SZ, GE, VD, BL, SG, TI	ZG, SH, OW
<b>Interessierte Organisationen und Verbände</b>	SW, SAB, AS Tödi, SSSA, PBS, SAC, kf, SC, ASVZ, SBV, IGKA, GME, ASGM, ARGM, Pini	Planoalto, Bénédic, Infoklick, Natur und Bewegung, Busslinger, SBauernV, Wildwerk, drosera, SUB, Stöckli, Wakónda, ERBINAT, Drudel 11, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, FFA, aargauerwasser, SPSV, Rheinaubund, ffu-pee, SRA, SVS, Trekking, SNP, WWF Regiobüro, SILVIVA, Flüeli, SILVAFORUM	SSBS, Toptrek, OI, CP, GHFS, SVV, ASAM, KBNL, Jubla, SBS, Pro Senectute, per pedes, Suva, Brugg Regio, Procap, SAJV, Cevi, SKV, SIA, bfu, WeitWandern, STV, SRF, SOA, SGV, Chambre Vaudoise, Agrotourismus, SVP, mw, WL SBV, CIC, Plusport, BAW, Naturfreunde Schweiz, ASGIP, AFGIP, Walks-4-U, WWF Zürich, BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald, WWF Schweiz, CURAVIVA, Pro Natura, IUNR, NF Rheintal, GEASI, NWSP, Häuptli, Schneider, BWL	SAV, SKS
<b>Total</b>	23	28	66	5

Grundsätzliche Hinweise der einzelnen Vernehmlassenden finden sich nachstehend zusammengefasst.

#### Kantone:

**TG, AG, SO, LU, AI, GL, NW, FR** und **VS** begrüßen die im Verordnungsentwurf getroffenen Regelungen.

Gemäss **SO** und **SZ** soll bei der Festlegung der vom Gesetz erfassten Anbieter bzw. Anbieterinnen und Aktivitäten der Verhältnismässigkeit Rechnung getragen werden. Nur Aktivitäten mit einem klar erhöhten Risiko sollen der Bewilligungspflicht unterstellt werden. Gemäss **SZ** verpflichtet bereits der allgemeine Gefahrensatz den Leistungsanbieter bzw. die Leistungsanbieterin dazu, alles zu tun, um die Sicherheit seiner Kunden zu gewährleisten. Auch die Eigenverantwortung des Teilnehmenden dürfe nicht ausser Acht gelassen werden. **AR** kritisiert ebenfalls, dass die Verordnung überregulierend sei und die Selbstverantwortung und Selbstregulierung der Privaten stark in den Hintergrund treten lasse. Gemäss **ZH** und **GR** sei unnötiger administrativer Aufwand zu vermeiden (auch die Organisationen **CP** und **STV**).

**LU** wünscht für die Bewilligungserteilung möglichst klare und einheitlich zu handhabende Kriterien sowie Ausführungsbestimmungen (auch **BE**). Als schwierig umsetzbar erscheine die Gewähr für die Einhaltung der gesetzlichen Pflichten (auch **ZH**). In der Verordnung sei klar und verbindlich festzuhalten, was vor der Bewilligungserteilung zu überprüfen sei. Es frage sich auch, welche haftungsrechtlichen Folgen die Bewilligungserteilung für die Behörde und deren Mitarbeitenden hätte. Der Verantwortungsbereich der Bewilligungsbehörde sei deshalb auf eine für alle Beteiligten klare Art und Weise abzustecken. Zudem sei in der Verordnung festzuhalten, dass durch andere Behörden festgestellte Verstösse den Bewilligungsbehörden des zuständigen Kantons zu melden seien. **BS** vertritt sogar die Meinung, dass die Bewilligungen zentral von einer Bundesstelle erteilt werden sollten.

**NE** begrüsst, dass die Wanderleiter und Wanderleiterinnen sowie die Kletterlehrer und Kletterlehrerinnen ebenfalls der Verordnung unterstellt werden sollen.

**GR** fordert eine Überarbeitung des Verordnungsentwurfs. Dabei seien Anpassungen in dem Sinne vorzunehmen, dass es nur um die Sicherheit der Gastes und nicht um die Berufsankennung einzelner Ausbildungen gehe und dass das wirtschaftlich schwierige touristische Umfeld berücksichtigt werde. Weiter sollen neue – heute noch nicht bekannte – Trends im Berg- und Schneesport nicht verhindert werden. Die heute bestehenden Anbieterinnen und Anbieter mit sicherheitsrelevanter Ausbildung seien nicht durch strengere Bestimmungen von der Tätigkeit abzuschrecken (auch **VS**). Ausserdem sollen die Vorgaben für die Anbieterinnen und Anbieter verständlich sein, d.h. sie müssen Klarheit haben, welches Gelände sie gewerbsmässig begehen können (auch **AR**).

### Interessierte Organisationen:

**SSBS** und **SAB** befürworten den Verordnungsentwurf grundsätzlich. Bedauert wird von **SSBS**, dass keine Bestimmung über die Anerkennung von anderen inländischen Fähigkeitsausweisen als dem „Schneesportlehrer mit eidgenössischem Fachausweis“ bzw. der „Schneesportlehrerin mit eidgenössischem Fachausweis“ in der Verordnung aufgenommen wurde.

Auch **AS Tödi** begrüsst grundsätzlich eine gesetzliche Regulierung. Die vorliegende Verordnung sei jedoch zu überarbeiten. Die wesentlichsten Schlüsselpunkte für mehr Sicherheit im kommerziell geführten Outdoorbereich würden mit der Umsetzung der vorliegenden Regulierung nicht verbessert werden.

**SIA** ist mit dem Verordnungsentwurf grundsätzlich einverstanden und vertritt die Meinung, dass für Unternehmen, die bereits bei SIA zertifiziert sind, der administrative und finanzielle Aufwand möglichst gering gehalten werden solle (auch **SOA** und **SRA**). Es dürfe nicht sein, dass Firmen für viele Aktivitäten neu nur noch mit Bergführern und Wanderleitern zusammen arbeiten dürfen. Die Ausbildungsliste von Safety in Adventures sei in der RiskV zu verankern.

**ERBINAT, Planoalto, Bénédic, Infoklick, Natur und Bewegung, Buslinger, Wildwerk, Wakonda, Drudel 11, SUB, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, drosera, Rheinaubund, WWF Regiobüro, SILVIVA, SILVAFORUM, per pedes, SVS, NF Rheintal**, lehnen den Verordnungsentwurf ab und bedauern, dass der Geltungsbereich des Gesetzes mit der Verordnung ausgedehnt wurde. Insgesamt mangle es der Verordnung an einer Systematik, die einer zuverlässigen Einschätzung der Rechtslage und damit der Rechtssicherheit dienlich wäre. Unklar sei, in welchem Verhältnis die bewilligungspflichtigen Tätigkeiten und die geografischen Orte (gebirgiges Gelände, felsiges Gelände sowie Bach- und Flussgebiete) zueinander stehen. Gerade bei WanderleiterInnen sei keine genaue Abgrenzung zu weiteren Tätigkeiten in der Natur wie Erlebnispädagogik, Outdoor Education, Natur- und Waldpädagogik oder Umweltbildung möglich. Damit bestehe für wichtige pädagogische und andragogische Handlungsfelder eine grosse Unsicherheit, ob und zu welchen Bedingungen sie bewilligungspflichtig seien (auch **ASGIP** und **AFGIP**). Beantragt wird, den Geltungsbereich klar einzugrenzen auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko. Schliesslich wird die Meinung vertreten, dass sowohl das Gesetz als auch der Verordnungsentwurf vorwiegend der Standespolitik, nämlich dem Schutz von BergführerInnen bzw. SchneesportlehrerInnen diene (auch **WWF Schweiz** und **AS Tödi**). Auch **NWSP** ist der Meinung, dass es unverhältnismässig sei, von den Leitern bzw. Leiterinnen von Exkursionen und umweltpädagogischen Erlebnissen eine Zusatzausbildung als Wanderleiter bzw. Wanderleiterin zu verlangen. Gemäss **mw** würden in der Verordnung Hinweise zum Umgang mit Natur- und Umweltschutz in den Bergen fehlen. Des weiteren teilt **mw** die Bedenken von **ERBINAT** bezüglich der potentiellen Überreglementierung der Tätigkeiten von Natur- und Umweltpädagogen.

Die **NF Rheintal** sowie **GHFS** sind der Meinung, dass eine starke Regulierung für WanderleiterInnen aus Risikogründen nicht gerechtfertigt sei, der liberalen Wirtschaftsordnung widerspreche und den Tourismus in der Schweiz schwäche.

**SAJV, Pfadi, Naturfreunde Schweiz, BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald, WWF Schweiz, Pro Natura, IUNR, GEASI, CURAVIVA, ffu-pee** und **per pedes** begrüssen grundsätzlich, das gewerbsmässige Anbieten von Risikoaktivitäten mit Hilfe von Bewilligungspflichten und Zertifizierungen besser zu regeln und damit die Sicherheit für die Menschen, welche diese Angebote

nutzen, zu erhöhen. In mehreren Aspekten bleibe die Verordnung aber unklar. **SAJV, Naturfreunde Schweiz, WWF Zürich, BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald, WWF Schweiz, Pro Natura, GEASI, CURAVIVA, ffu-pee** und **SNP** halten fest, dass die Natur als Lern-, Bildungs- und Erholungsort weiterhin möglichst frei zugänglich sein und vor einer exzessiven Bewilligungspraxis geschützt werden soll. Für verschiedene Gruppen würde eine Bewilligungspflicht unverhältnismässig und in der Praxis administrativ nicht zu bewältigen sein.

**SAC, Procap** und **SW** begrüßen die Beschränkung des Geltungsbereichs auf gewerbsmässige Aktivitäten. Nur so lasse sich ein öffentlich zugängliches Vereinsangebot mit ehrenamtlichen Tätigkeiten sinnvoll aufrechterhalten. Der **ASVZ** beantragt, die Verordnung dahingehend zu ergänzen, dass für gewerbsmässige und nicht gewerbsmässige Organisationen je geeignete Qualitätsmanagementsysteme angewendet werden.

**OI** ist von der Umsetzung des Gesetzes enttäuscht. Insbesondere Art. 20 der Verordnung bereite in der Praxisumsetzung Mühe.

Der **SBauernV** lehnt den Verordnungsentwurf grundsätzlich ab. Die Bäuerinnen und Bauern seien darauf angewiesen, ihre agrotouristischen Dienstleistungen möglichst unkompliziert und bewilligungsfrei zu gestalten. **SGV** ist der Meinung, dass es gerade in diesen für den Tourismus und die Berggebiete schwierigen Zeiten besonders wichtig sei, für die Risikoaktivitäten klare und für die ganze Schweiz einheitliche Regeln aufzustellen.

Der **SVV** befürwortet ein Gesetz, welches auch der Tourismusbranche im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eine Entfaltung ermöglicht. Die Entfaltung dürfe nie auf Kosten der Konsumenten oder der Gefährdung der Sicherheit der Bürger erfolgen. Die Assekuranz könne zwar für künftige Schadenfälle finanzielle Sicherheit anbieten. Sie könne aber nicht vor dem Schadenergebnis durch Abschluss eines Versicherungsvertrages quasi eine Garantienstellung für Auswüchse bei den AnbieterInnen übernehmen. Die Sicherheit sei durch die AnbieterInnen von Dienstleistungen an sich zu gewährleisten. Entsprechend hätten die Bewilligungsbehörden hier primär Verantwortung bei der Zertifizierung zu übernehmen.

**Stöckli** hält fest, dass nautische Bewilligungen vom Kanton für die MittellandanbieterInnen von Flussfahrten gut und absolut genügend seien. Den Nahtourismus solle man nicht mit mehr Bürokratie und Mehrkosten verunmöglichen.

Das **kf** begrüsst, dass in den in der Verordnung aufgeführten Bereichen Mindestanforderungen an die mit entsprechenden Aufgaben betrauten Personen und die Umsetzung dieser Regelungen festgelegt werden.

Der **SKV** geht davon aus, dass der Kanusport nicht von der Verordnung betroffen sei.

Die **bfu** bedauert, dass darauf verzichtet werden soll, weitere Aktivitäten, insbesondere das Tauchen, Mountainbike-Touren sowie der Betrieb von Seilgärten (sog. „Seilparks“) der Verordnung zu unterstellen. Auch **Weitwandern** stellt sich die Frage, ob nicht weitere Aktivitäten im Sinne der Gleichberechtigung der Anbieter in die Verordnung aufgenommen werden müssten. **Schneider** fragt sich, wieso nicht auch das Basejumping als Risikoaktivität in der Verordnung aufgenommen worden sei.

Der **SBV** tritt für eine praxisnahe Ausgestaltung und einfache Handhabung ein.

Die **SVP** ist der Meinung, dass übertriebene Regulierungen kontraproduktiv seien. Das Prinzip der Eigenverantwortung dürfe nicht untergraben werden. Die insbesondere aus gesundheitlichen Gründen wünschenswerten Aktivitäten und sportlichen Betätigungen im Freien sollen keinesfalls durch Angstmacherei, Bevormundung und Regulierungswut eingeschränkt werden.

**BAW** stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die Wanderleiterausbildung unter die RiskV zu stellen sei und fordert, dass die BAW Wanderleiter und jene von weiteren anerkannten Ausbildungsorganisationen weiterhin Schneeschuhwanderungen mit Gästen gegen Entgelt führen dürfen.

**Trekking** verlangt eine grundsätzliche Überarbeitung des Verordnungstextes, da die Verordnung über das Ziel hinaus schieesse. Auch **Walks-4-U** empfindet den Verordnungsentwurf als unverhältnismässige Einschränkung der in der Bundesverfassung garantierten Berufs- und Gewerbebefreiheit. Der vorliegende Entwurf der RiskV weise protektionistische Züge auf (auch **BWL, IUNR**). Es dürfe nicht sein, dass die Verordnung als Schutz für gewisse Berufsgruppen miss-

braucht werde. Weiter sei Mountainbiking aus unerklärlichen Gründen nicht von der Verordnung erfasst. Auch **STV** bemerkt, dass die Sicherheit des Gastes im Zentrum stehen soll und nicht die Anerkennung oder gar Abgrenzung staatlich anerkannter Berufsprofile. Neu konzipierte Trend- und Sportaktivitäten müssten auf deren Risikogehalt geprüft und gegebenenfalls in den Geltungsbereich der RiskV aufgenommen werden.

Das **IUNR** bemängelt, dass den Entwicklungen in der Outdoor-Branche kaum Rechnung getragen werde. Die Verordnung verhindere mittelfristig Innovationen, die heute bereits im Gang seien. Dafür gelte es, Kunden vor unverantwortlichen Anbietern zu schützen, aber auch Aktivitäten innerhalb des zulässigen, gesellschaftlich akzeptierten Risikos nicht unnötig zu behindern.

**BWL** ist der Meinung, dass sich eine unterschiedliche Regelung für WanderleiterInnen mit oder ohne Fachausweis aufdränge. Weiter seien die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligungen flexibler zu gestalten. WanderleiterInnen mit spezifischen Zusatzausbildungen sollen auch die Möglichkeit haben, Bewilligungen im ansonsten den BergführerInnen vorbehaltenen Bereich zu erhalten.

#### **Verzicht auf eine Stellungnahme:**

5 Vernehmlassungsteilnehmende (**ZG, SH, OW, SAV, SKS**) verzichteten ausdrücklich auf eine Stellungnahme. Sie begründen dies hauptsächlich damit, dass sie durch die Verordnung nicht betroffen seien oder die Verordnung lediglich geringe Relevanz für sie habe. Auch der Kanton **JU** informierte, dass er nach Prüfung der Vernehmlassungsunterlagen keine Bemerkungen zum Inhalt anzubringen habe.

#### **Anschlüsse:**

Folgende Vernehmlassungsteilnehmende schliessen sich den Stellungnahmen anderer Organisationen an:

Die **Suva** schliesst sich vollumfänglich der Stellungnahme der **bfu** an. Der **arbeitskreis tourismus & entwicklung** schliesst sich der Stellungnahme der **BK NGO** an. Die **ffu-pee** schliessen sich den Anträgen und Ausführungen der **BK NGO**, des **IUNR** sowie **ERBINAT** an. **ARGM** schliesst sich der Stellungnahme des **SBV** an.

## **4 Die Ergebnisse im Einzelnen**

Einzelne Absätze und Buchstaben, zu denen keine Bemerkungen eingegangen sind, werden im Bericht nicht aufgeführt.

### **4.1 Zentrale und übergreifende Themen**

#### **Bewilligungspflicht**

Betreffend der Bewilligungspflicht wurde von diversen Seiten moniert, dass der Begriff der Gewerbmässigkeit nicht bzw. nicht genügend definiert sei, was zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führe. Jugendorganisationen, Non-profit-Organisationen, Schulen, Vereine und Jugend+Sport-Aktivitäten seien vom Geltungsbereich der Verordnung auszunehmen.

#### **Abgrenzung der Tätigkeiten des Bergführerwesens und von Schneesportlehrerinnen bzw. –lehrern**

Es wurde gefordert, dass konkretisiert werde, zu welchen Tätigkeiten die Bewilligung für BergführerInnen berechige. Dabei solle explizit erwähnt werde, dass BergführerInnen zu denselben Tätigkeiten wie SchneesportlehrerInnen, WanderleiterInnen und KletterlehrerInnen berechtigt seien. Ausserdem wurde eine Regelung für Aspiranten gefordert.

Von verschiedenen Seiten wurde gefordert, dass weitere inländische Schneesportlehrer-Ausbildungen dem „Schneesportlehrer mit eidgenössischem Fachausweis“ bzw. der „Schneesportlehrerin mit eidgenössischem Fachausweis“ gleichgestellt und vom BBT als gleichwertig anerkannt werden.

#### **Wanderleiterinnen und -leiter, Kletterlehrer- und –lehrerinnen**

Von Seiten der Anbieter von naturpädagogischen Aktivitäten wurde gefordert, auf eine Regulierung der WanderleiterInnen und KletterlehrerInnen zu verzichten.

## Kantonales Varianteninventar

Es wurde von verschiedenen Kantonen und Organisationen gefordert, das kantonale Varianteninventar zu streichen, da dieses lediglich zu Rechtsunsicherheiten führe.

## Befreiung von der Bewilligung für gelegentliche Anbieter aus der EU und aus EFTA-Staaten

Gegen die vorgesehene 90-Tages-Frist erhob sich grosser Widerstand. Dies entspreche einer ganzen Saison und sei erheblich zu kürzen. Ausserdem solle von der Bewilligungspflicht nur befreit werden, wer in dem ausländischen Staat ebenfalls einer Bewilligungspflicht für seine Aktivität unterliege und dort zur gewebsmässigen Durchführung der Aktivität zugelassen sei.

## Gebühren

Diverse Kantone machten geltend, dass die vorgesehenen Gebühren nicht angemessen seien und nach dem Aufwand in Rechnung gestellt werden sollen.

## Versicherungs- und Informationspflicht

Betreffend der Versicherungspflicht stellte sich die Frage, ob die Betriebshaftpflichtversicherung der Berufshaftpflichtversicherung gleichgestellt werden könne. Die Informationspflicht gehe zu weit. Vor allem die Informationspflicht auf Billets sei zu streichen.

## Zertifizierung

Es wurde gefordert, in der Verordnung explizit diejenigen Aktivitäten aufzuführen, für welche eine Zertifizierung benötigt werde. Ausserdem sei ausdrücklich in der Verordnung aufzunehmen, dass die Bewilligung nach Artikel 6 des Gesetzes zur Durchführung aller Aktivitäten, die in die Zertifizierung eingeschlossen sind, berechtige.

## **4.2 Die einzelnen Artikel**

### **1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen**

#### **Artikel 1 Geltungsbereich**

##### Kantone:

**BE, SO, BS, GR, GL, AR, ZH** sowie die Organisationen **SIA, bfu** und **SOA** sind der Meinung, dass einerseits eine Definition des Begriffs der Gewerbsmässigkeit fehle und andererseits die bewilligungspflichtigen Aktivitäten zu wenig genau umschrieben seien. Gemäss **BE** sowie gemäss den Organisationen **SIA, bfu** und **SOA** sollen als gewerbsmässige Aktivitäten „Aktivitäten mit denen ein Haupt- oder Nebeneinkommen erzielt werden soll, sowie Aktivitäten, die der breiten Öffentlichkeit angeboten werden“ gelten.

**LU** und **SZ** weisen auf einen Widerspruch hin zwischen dem Verordnungstext, der kumulativ voraussetze, dass der Beginn oder das Ende der Risikoaktivitäten und zumindest ein Teil der Durchführung auf Schweizer Gebiet liege und dem Text der Erläuterungen, in welchem die Kriterien nur alternativ vorausgesetzt werden.

**AR** führt aus, dass symbolischen Aufwandentschädigungen, die in der Regel nur die Spesen decken, die Gewerbsmässigkeit fehle. Lehrpersonen von öffentlichen oder privaten Schulen sollen ebenso wenig wie Leiter von Exkursionen, Begehungen, Naturführungen und dergleichen im Bereich der Natur- und Umweltbildung oder der Land- und Forstwirtschaft unter den Geltungsbereich der Verordnung fallen. Gewerbsmässiges Handeln sei nur dann gegeben, wenn ein professioneller Anbieter von Risikoaktivitäten beigezogen würde.

**SG** verlangt, dass geprüft werde, Flugschulen, Anbieter von Passagierflügen sowie Gleitschirm- und Deltasegler ebenfalls dem Geltungsbereich der RiskV zu unterstellen. Aktivitäten von alpinen Vereinen seien ausdrücklich vom Geltungsbereich der RiskV auszunehmen. **GR, SZ, AR, SG, ZH** und **UR** verlangen, die J+S-Angebote vom Geltungsbereich der Verordnung auszunehmen.

##### Interessierte Organisationen:

**SAC, STV, mw, Plusport, Walks-4-U, SILVIVA, BWL, Flüeli, PBS, BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald, WWF Schweiz, Pro Natura, SAJV, Cevi, Naturfreunde Schweiz, WWF Zürich, KBNL, SKV** und **IUNR** bemerken, dass die Definition des Begriffs „Gewerbsmässigkeit“ fehle. Bei der Gewerbsmässigkeit müsse der kommerzielle, touristische Aspekt klar gegenüber dem

pädagogischen Stellenwert überwiegen. Auch **SAJV**, **Naturfreunde Schweiz**, **BK NGO**, **BZ WWF**, **BW Bergwald** und **Pro Natura** fordern eine klare Trennung und Unterscheidung von gewerbsmässigen und nicht-gewerbsmässigen Angeboten. **IUNR**, **ERBINAT**, **Planoalto**, **Bénédict**, **Infoklick**, **Natur und Bewegung**, **Busslinger**, **Wildwerk**, **Wakonda**, **Drudel 11**, **SUB**, **Rucksackschule**, **Förderverein Gantrisch**, **drosera**, **Rheinaubund**, **WWF Regiobüro**, **SILVIVA**, **KBNL** sowie **SNP** fordern, dass Art. 1 mit der Definition der Begriffe „Risikoaktivität“ und „erhöhtes Risiko“ ergänzt werde.

**Procap** und **SW** begrüssen, dass an der Beschränkung des Geltungsbereichs auf gewerbsmässige Aktivitäten festgehalten werde. Gemäss **SW** lasse sich nur so ein günstiges und für jedermann zugängliches Angebot an Vereinsaktivitäten aufrechterhalten. **Procap** wünscht, dass nur profitorientierte Anbieter und Anbieterinnen unter den Geltungsbereich der RiskV fallen und geht davon aus, dass kleinere Unkostenbeiträge seitens Teilnehmenden an die Organisation sowie ein bescheidenes Entgelt (u.a. zur Deckung der Spesen) an ehrenamtliche TourenleiterInnen nach wie vor nicht unter den Begriff der Gewerbsmässigkeit fallen.

**Procap**, **PBS**, **Cevi**, **WWF Zürich**, **SAC**, **CURAVIVA**, **KBNL** und **SKV** fordern, dass explizite Ausnahmen vom Geltungsbereich in der Verordnung aufgenommen werden (z.B. für Kinder- und Jugendorganisationen, Non-Profit-Organisationen, für die Branchen „Pädagogik und Bildung“, Vereinsaktivitäten).

**CP** und die **Chambre vaudoise** sind der Meinung, dass aufgrund der Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit und aufgrund der Rechtssicherheit, die Bezeichnung der Risikoaktivitäten in das Gesetz und nicht in die Verordnung gehöre.

**SC** begrüsst im Grundsatz eine strengere Regelung und wünscht eine Klärung, ob gewerbsmässig geführte Touren mit dem Mountainbike auch von der Verordnung erfasst werden sollten. **WeitWandern** stellt sich sogar die Frage, warum man nur das gewerbsmässige Führen bzw. Begleiten mit der Verordnung erfasse.

**Plusport** bemerkt, dass eine hinreichende Rechtssicherheit nur gegeben sei, wenn in der Verordnung klar festgehalten werde, dass die persönliche Verfassung (z.B. körperliche oder geistige Behinderung) der Teilnehmenden nicht zu einer zusätzlichen Risikoeinschätzung führe.

## **Artikel 2 Begriffe**

### **Kantone:**

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** sind der Meinung, dass die verschiedenen Begriffsbestimmungen zu Missverständnissen Anlass geben und für die Anwendung des Gesetzes und der Verordnung nicht relevant seien. Insbesondere habe die Gebietsabgrenzung keinen eigenständigen Stellenwert, sondern sei nur zusammen mit der durchgeführten Aktivität von Bedeutung. Die Buchstaben a bis c von Absatz 1 seien deshalb zu streichen. Bei den übrigen Buchstaben sei zu prüfen, ob sie erforderlich seien. Bei den Wasseraktivitäten sei die Umschreibung der Wildwasserstufen in die Verordnung aufzunehmen.

**ZH** begrüsst, dass im Entwurf für die Klärung der Begriffe bereits bestehende Gesetze und Verordnungen herangezogen werden.

### **Interessierte Organisationen:**

**Per pedes** und **WWF Schweiz** bemerken, dass zentrale Begriffe des Gesetzes nicht definiert werden und die gewählten Definitionen oder Bezugssysteme zu Rechtsunsicherheit führen würden. Als grundsätzlich problematisch und nicht zielführend wird auch die Verknüpfung von bewilligungspflichtiger Tätigkeit mit der geografischen Lage erachtet (auch **CURAVIVA**). Auch **KBNL** vertritt die Meinung, dass die räumlichen Definitionen, namentlich „gebirgisches Gelände“ oder „Bach- und Flussgebiete“ unhaltbar seien. Auch **Trekking** findet, dass das definierte Gebiet viel zu umfassend und gleichzeitig viel zu exklusiv definiert sei. Am besten werde diese Gebietsdefinition gestrichen und stattdessen ein Kerngebiet definiert, das den Bergführern vorbehalten sein soll. Auch **IUNR** beantragt, Art. 2 Abs. 1 lit. a – c zu streichen.

**STV** fordert, die verschiedenen bewilligungspflichtigen Aktivitäten gemäss Art. 1 Abs. 2 RiskG zu präzisieren, damit klar werde, wofür eine Bewilligung nötig sei. Es solle zudem festgehalten werden, dass neue Trend- und Sportaktivitäten auf deren Risikogehalt geprüft und gegebenenfalls in den Geltungsbereich der RiskV aufgenommen werden können.

## Absatz 1

### Buchstabe a

#### Kantone:

**GR** erachtet die Definition des gebirgigen Geländes nach der Landwirtschaftszonenverordnung nicht als zielführend und schlägt vor, diese Definition zu streichen und die berechtigten Tätigkeiten (Geländebeschreibung) unter den einzelnen Bewilligungsarten festzulegen. **AR** beantragt, mindestens die Bergzone II vom Geltungsbereich und Begriff des „gebirgigen Geländes“ auszunehmen.

**VD** findet die Definition des Geländes gemäss Landwirtschaftszonenverordnung hingegen interessant. Trotzdem müsse beachtet werden, dass die meteorologischen Bedingungen die Gefahr des Geländes ebenfalls beeinflussen können.

#### Interessierte Organisationen:

**ERBINAT, Planoalto, Bénédic, Infoklick, Natur und Bewegung, Busslinger, Wildwerk, Wakónda, Drudel 11, SUB, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, drosera, Rheinaubund, SVS, ASGIP, AFGIP, WWF Regiobüro, CURAVIVA, NF Rheintal, NWSP, SBauernV, Agrotourismus, SAC, per pedes, mw, Walks-4-U** und **BWL** vertreten die Meinung, dass die in der Verordnung vorgesehene Definition von gebirgigem Gelände für die Einschränkung von Risikoaktivitäten nicht zielführend sei.

**GHFS** fordert, dass die Definition von „gebirgigem Gelände“ genauer, bspw. durch die zur Begehung benötigten Hilfsmittel, zu bestimmen sei. **Pro Senectute** verlangt, dass die Bewilligungspflicht erst ab der Bergzone III eingeführt werde.

### Buchstabe b

#### Kantone:

**GR** beantragt, diese Definition zu streichen und die berechtigten Tätigkeiten (Geländebeschreibung) unter den einzelnen Bewilligungsarten festzulegen.

#### Interessierte Organisationen:

Der **SBauernV** erachtet die Definition für „felsiges Gelände“ als sinnvoll. Der **SVS** erachtet die Definition jedoch als viel zu breit.

### Buchstabe c

#### Kantone:

**AR** vertritt die Meinung, dass sich die Definition der „Risikoräume“ Bach- und Flussgebiete auf präzise Gebiete mit objektiv grösstem Risiko durch anschwellende Wassermassen zu beschränken habe. Die Definition im Verordnungsentwurf werde als ungeeignet erachtet und abgelehnt.

#### Interessierte Organisationen:

Gemäss **ERBINAT, Planoalto, Bénédic, Infoklick, Natur und Bewegung, Busslinger, Wildwerk, Wakónda, Drudel 11, SUB, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, Rheinaubund, Naturfreunde Schweiz, WWF Regiobüro, CURAVIVA, per pedes** und **mw** sei die Einschränkung von Risikoaktivitäten anhand dieses Merkmales nicht zielführend. **ERBINAT, Infoklick, Natur und Bewegung, Wildwerk, Wakónda, Drudel 11, SUB, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, Rheinaubund, Naturfreunde Schweiz** und **SVS** führen dazu aus, dass diese Definition zu einer unzulässigen Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes führe. Es sei eine Einschränkung auf die unmittelbare Gefahrenzone im und am Wasser nötig. Die eigentlichen Risikoaktivitäten an Gewässern seien mit Artikel 2 Abs. 1 lit. d-f ausreichend erfasst, so dass hier keine Ausweitung der Aktivitäten an den Gewässern nötig sei. Auch der **SBauernV** und **Agrotourismus** sind der Meinung, dass bei Anknüpfung an die Legaldefinition für Oberflächengewässer des Gewässerschutzgesetzes (Art. 4 Bst. a GSchG) sowie deren Er-

weiterung durch Art. 2 Bst. c RiskV nicht nur das Fliessgewässer, sondern dessen gesamte Geländekammer in den Gefahrenperimeter falle.

### Buchstabe d

#### Kantone:

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** halten fest, dass Canyoning vorliege, wenn für die Begehung entweder geschwommen oder geklettert werden müsse. Seiltechnik sei Teil des Kletterns und müsse nicht explizit erwähnt werden.

#### Interessierte Organisationen:

**AS Tödi** vertritt die Meinung, dass Canyoning keine „Risikoaktivität“ gemäss Art. 39 UVG und Art. 50 UVV sei.

**IUNR** bemerkt, dass alle Bachläufe „unwegsam“ seien. Das erhöhte Risiko ergebe sich insbesondere aus der Tatsache, dass nur beschränkte Ausstiegsmöglichkeiten vorhanden seien (auch **SILVIVA**). Zu den objektiven Gefahren komme beim Canyoning allenfalls die starke Strömung in Schwimmpassagen hinzu.

### Buchstabe f

#### Kantone:

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** fordern, Kanu und Kajak unter den Begriff des Wildwasserfahrens aufzunehmen. Auch **GR** fordert, zu klären, ob auch die klassischen Kanusportarten (Hartschalensportarten) unter diesen Begriff fallen sollen. Falls dies nicht der Fall sei, müsse der minimale Schwierigkeitsgrad, welcher eine Bewilligung verlange, angepasst werden.

**AG** erklärt, dass die Flüsse im Kanton Aargau vom Schwierigkeitsgrad her nicht mit den Wildwassergewässern in den Bergkantonen zu vergleichen seien. Es solle überdacht werden, ob im Zusammenhang mit der Bewilligungspflicht respektive mit der Zertifizierung nicht eine Differenzierung je nach Schwierigkeitsgrad von Gewässern vorzunehmen sei.

**VD** bemängelt, dass die Wildwasser-Schwierigkeitstabelle der ICF schwierig zu finden und nur in deutscher Sprache verfügbar sei.

#### Interessierte Organisationen:

**ERBINAT**, **Planoalto**, **Bénédict**, **Infoklick**, **Natur und Bewegung**, **Busslinger**, **Wakóna**, **Rucksackschule**, **Förderverein Gantrisch** sowie **WWF Regiobüro** begrüßen die Definition von Wildwasserfahrten gemäss Absatz 1 Buchstabe f, welche weder Kanu- noch Kajakfahrten umfasst.

Der **ASVZ** beantragt für den Fall, dass der Kanusport von der RiskV erfasst werden sollte, dass der Schwierigkeitsgrad Wildwasser (nachfolgend: WW) I von der Bewilligungspflicht ausgenommen werde.

**ERBINAT**, **SILVIVA**, **SRA** und **ASVZ** plädieren dafür, dass eine Bewilligungspflicht erst ab WW II bestehen soll. Flach- und Zahmwasser würden kein erhöhtes Risiko bergen (auch **IUNR**). Die Definitionen der Wildwasserkategorien seien in der Verordnung zu erwähnen (z.B. im Anhang). Auch **IUNR** ist der Meinung, dass die Referenz auf die Wildwasser-Schwierigkeitstabelle des Internationalen Kanuverbands (ICF) zu überprüfen und allenfalls durch einen Anhang in der RiskV zu ersetzen sei. Die ICF-Skala sei für eine Risikoabgrenzung, vor allem für eine Abgrenzung nach unten, aber nicht geeignet. Weiter sei die Umschreibung von Wildwasserfahrten zu überprüfen und anhand von objektiven Gefahren zu klären.

**Brugg Regio** fordert die Prüfung einer Ausnahme für „ruhige Mittellandflüsse“ und eine klare Unterscheidung der Regelung betreffend den Gewässerarten. Aargauer Mittellandflüsse sollen nicht in die Kategorie „Wildwasser“ fallen.

Der **SKV** ist der Meinung, dass auf die Verwendung des Begriffs „...oder Sportgeräten, wie Hydrospeed, Funyak oder Tubes...“ zu verzichten sei und stattdessen einzig auf Art. 2 lit. a Ziff. 13 der Binnenschiffverkehrsverordnung (BSV) abzustellen sei.

Die **SRF** hält fest, dass es sich bei Hydrospeed und Funyak um Marken handle. Es sei nötig, Aktivitäten mit Kajaks und Kanus sowie Flossfahrten ebenfalls der Bewilligungspflicht zu unterstellen.

**FFA, aargauerwasser** und **SPSV** fordern, die Anbieter von Schlauchbootfahrten auf Mittellandflüssen nicht in den Geltungsbereich der Verordnung mit einzubeziehen. Die WW Grade I und II Typ Mittelland (breite offene Fliessgewässer) seien von der Verordnung abzukoppeln. Weiter werde ein Zusatz zur Tabelle des internationalen Kanuverbandes beantragt. Ein gutes Vorbild sei dabei die Tabelle Kajak Channel Deutschland, welche die Stufen Zahnwasser 1 bis 3 und dann die Stufen WW I bis VI unterscheide.

### Buchstabe g

#### Kantone:

**GL** ist der Meinung, dass der sogenannte Kiene-Swing bei der Umschreibung des Bungee-Jumpings als eine Variante explizit ein- oder implizit nicht auszuschliessen sei.

**VD** erachtet das Zurückgreifen auf Wikipedia für die Definition von Bungee-Jumping als diskutabel. Dessen ungeachtet, erlaube diese Definition nicht, den « umgekehrten Bungee-Sprung » von der Bewilligungspflicht zu erfassen.

### Buchstabe h

#### Kantone:

**VD** bemängelt, dass der Begriff „Verantwortungsbereich von Betreibern von Skilift- und Seilbahnanlagen“ zu weit sei und viele verschiedene Interpretationen zulasse.

#### Interessierte Organisationen:

**SBS** nimmt zur Kenntnis, dass dieser Begriff mit den Richtlinien der SKUS übereinstimme.

### Absatz 2

#### Interessierte Organisationen:

Für **FFA** und **SPSV** sind diese Definitionen unverständlich. Es handle sich um willkürliche Ausnahmen. Gemäss **SILVIVA** und **IUNR** soll Absatz 2 gestrichen werden.

## **Artikel 3 Kantonales Varianteninventar**

#### Kantone:

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** halten fest, dass mit dem Inventar keine Abweichungen zum RiskG und zur RiskV gemacht werden dürfen. „Orientieren“ sei deshalb ein zu schwacher Begriff, der zum Beispiel mit „Sie stellen darauf ab, ...“ zu ersetzen sei.

**GR** begrüsst die Möglichkeit der Erstellung eines Varianteninventars (Kann-Formulierung).

**AR** weist darauf hin, dass es sich beim Varianteninventar um einen Geobasisdatensatz im Sinne der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes handle.

**FR** und die Organisation **ASAM** sind der Meinung, dass der französische Begriff „itinéraires“ den bisher vorgesehenen Begriff „les randonnées et les descentes“ ersetzen solle.

#### Interessierte Organisationen:

**Per pedes** und **IUNR** wünschen, dass die kantonalen Inventare durch die Verordnung abgelöst werden. Dies führe ansonsten zu unnötiger Rechtsunsicherheit. **SKV**, **SILVIVA**, **IUNR** und **ERBINAT** beantragen die ersatzlose Streichung von Art. 3. Auch **WeitWandern**, **ASGIP** und **AF-GIP** lehnen diese Regelung ab.

**BWL** erachtet diese Bestimmung als zweckmässig soweit sie so verstanden werde, als die Möglichkeit bestehe, WanderleiterInnen mit und ohne eidg. Fachausweis differenziert zu behandeln.

## **Artikel 4 Sorgfaltspflichten**

#### Kantone:

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu**, **SOA** und **IUNR** sind der Meinung, dass die Sorgfaltspflichten nicht nur die Sicherheit des Materials zu umfassen haben. Es sei zu prüfen, ob nicht auch zu den weiteren Begriffen der Sorgfaltspflicht in Artikel 2 des Gesetzes Präzisierungen nötig seien.

**VD** schlägt vor, einen Absatz 2 einzubauen, mit welchem klargestellt werde, dass die verantwortliche Person eine vernünftige Evaluation der Risiken (meteorologische Bedingungen, Schneebedingungen) vornehmen müsse.

#### **Interessierte Organisationen:**

**SIA** und **bfu** verlangen, dass die Sorgfaltspflicht in dem Sinne konkretisiert werde, dass die Kundschaft zwar einerseits über das für die jeweilige Aktivität erforderliche Leistungsvermögen aufzuklären und über ihre Konstitution, ihren Leistungsausweis etc. zu befragen sei, andererseits jedoch darauf vertraut werden dürfe, dass die erhaltenen Angaben – quasi eine Selbstdeklaration hinsichtlich Gesundheit und persönlichem Leistungsvermögen – korrekt seien. Damit würde auch der Eigenverantwortung der Kundschaft genügend Gewicht eingeräumt werden. Ausserdem solle auch die Sorgfaltspflicht gemäss Art. 2 Abs. 2 Bst. d RiskG, d.h. das Überprüfen der Eignung der Schnee- und Wetterbedingungen, konkretisiert werden.

**STV** ist der Meinung, dass die Beurteilung sachgerechter Wartung von Ausrüstungsgegenständen und Installationen zu kurz greife. Es solle auch der Eigenverantwortung der Kundschaft Gewicht eingeräumt werden, zumal der Anbieter gemäss Art. 2 Abs. 2 Bst. b RiskG zu prüfen habe, ob die Kunden und Kundinnen über ein ausreichendes Leistungsvermögen verfügen. Die Sorgfaltspflicht solle sich zudem auch auf die Bereiche der Eignung der jeweiligen Geländebedingungen beziehen.

Der inhaltliche Bezug dieses Artikels zu Art. 2 Abs. 2 lit. c RiskG sei gemäss **mw** und **Flüeli** unklar.

## **2. Kapitel: Bewilligungen**

#### **Kantone:**

**FR** bemängelt, dass die Aktivitäten Canyoning, Bungee-Jumping und Rafting in diesem Kapitel nicht erwähnt sind, obwohl sie im Gesetz aufgeführt sind (auch die Organisation **SRF**). Diese Aktivitäten seien explizit in der Verordnung zu erwähnen. **VD** schlägt vor, den Pendel-Sprung sowie die Benutzung von « Tyroliennes » ebenfalls der Bewilligungspflicht zu unterstellen.

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** fordern ausserdem, dass ein neuer Artikel 4a in die Verordnung aufgenommen werde, in welchem die bewilligungspflichtigen Aktivitäten des Geltungsbereichs gemäss Art. 1 Abs. 1 RiskG aufgeführt werden.

#### **Interessierte Organisationen:**

**WeitWandern** fragt sich, wozu es eine Bewilligung für Berufsleute mit eidgenössischem Fachausweis brauche.

**IUNR** verlangt, dass Inhalt und Formulierung der Artikel 5 bis 8 grundsätzlich zu überprüfen seien. Artikel 7 und 8 seien zu ersetzen. Anstelle von Berufen solle die Verordnung die Aktivitäten und die entsprechenden objektiven Gefahren bezeichnen, welche eine Unterstellung unter das Gesetz gemäss Art. 1 Abs. 3 RiskG legitimieren und für die eine Bewilligung benötigt werde.

### **1. Abschnitt: Bergführerinnen und Bergführer, Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrer, Wanderleiterinnen und Wanderleiter sowie Kletterlehrerinnen und Kletterlehrer**

#### **Artikel 5 Bergführerinnen und Bergführer**

#### **Kantone:**

**VS** erachtet die vorgesehene Regelung für AspirantInnen als gerechtfertigt. Der Handlungsreich sei jedoch entsprechend dem Ausbildungsstand der AspirantInnen einzugrenzen. Gemäss **BE**, **GR** und den Organisationen **SIA** und **bfu** sei zudem zu prüfen, ob für AspirantInnen eine eigene Bewilligung oder zumindest eine eigene Haftpflichtversicherung verlangt werden sollte. **LU** bemerkt, dass sich betreffend AspirantInnen ausserdem ein Widerspruch zwischen dem Wortlaut von Absatz 2 und den Erläuterungen zu dieser Bestimmung ergäbe.

**GR** beantragt die Einführung eines neuen Absatzes 4, in welchem zu konkretisieren sei, zu welchen Tätigkeiten die Bewilligung für Bergführer und Bergführerinnen berechtige. Wichtig dabei sei, dass explizit erwähnt werde, dass der Bergführer bzw. die Bergführerin zu denselben

Tätigkeiten wie der Schneesportlehrer bzw. die Schneesportlehrerin, der Wanderleiter bzw. die Wanderleiterin und der Kletterlehrer bzw. die Kletterlehrerin berechtigt sei.

**GL** ist der Meinung, dass das Diplom der Internationalen Vereinigung der Bergführerverbände (IVBV) nicht explizit zu erwähnen sei, sondern die Anerkennung von Ausbildungen im Einzelfall oder generell dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) überlassen werden soll. Sinngemäss könne die Formulierung von Art. 6 Abs. 1 übernommen werden. Absatz 3 würde in diesem Fall entsprechend anzupassen sein. Weiter wäre es gemäss **SG** hilfreich, wenn das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und das BASPO zentral eine Liste anlegen würden mit allen bereits geprüften und als gleichwertig anerkannten ausländischen Fähigkeitsausweisen.

#### **Interessierte Organisationen:**

**ERBINAT, Planoalto, Bénédic, Infoklick, Natur und Bewegung, Busslinger, Wildwerk, Wakónda, Drudel 11, SUB, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, drosera, Rheinau-bund, WWF Regiobüro, BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald, SILVIVA** und **Pro Natura** sind damit einverstanden, dass das gewerbsmässige Anbieten von Aktivitäten im Gebirge, wo zusätzliche Hilfsmittel wie Seile, Pickel, Steigeisen und ähnliches zur Fortbewegung notwendig sind, ausgenommen Klettergärten, den Bergführern und Bergführerinnen vorbehalten sein soll. Es wird die Meinung vertreten, dass das Unterwegssein in schneebedecktem Gelände bei mindestens erheblicher Lawinengefahr (gemäss der Einschätzung des Institutes für Schnee- und Lawinenforschung SLF der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft) und einer Hangneigung von über 30 Grad (teils erst ab WT 4) Bergführern und Bergführerinnen sowie Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrern vorbehalten sein soll.

**WeitWandern** ist der Meinung, dass analog zu Art. 7 Abs. 2 lit. b RiskV die Gewähr für die Einhaltung der Pflichten nach dem RiskG und der Verordnung aufgenommen werden müsste.

Der **SBV** beantragt, dass Abs. 1 lit. a und b RiskV gestrichen werden und dem Abschluss als „Bergführerin mit eidgenössischem Fachausweis“ oder „Bergführer mit eidgenössischem Fachausweis“ nach Artikel 43 des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 (BBG) die vom BBT als gleichwertig anerkannten ausländischen Fähigkeitsausweise gleichgestellt werden.

### **Artikel 6 Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrer**

#### **Kantone:**

**LU** ist der Meinung, dass der Einsatzbereich von Schneesportlehrerinnen und –lehrern auf Abfahrten beschränkt werden solle, deren Ausgangspunkt mit Skilift- und Seilbahnanlagen erreicht werden kann.

#### **Absatz 1**

#### **Kantone:**

**GR** führt aus, dass weitere Ausbildungen, welche die gleichen sicherheitsrelevanten Ausbildungen beinhalten, dem BBT-Fachausweis gleichzustellen seien.

Gemäss **SG** wäre es hilfreich, wenn das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und das BASPO zentral eine Liste anlegen würden mit allen bereits geprüften und als gleichwertig anerkannten ausländischen Fähigkeitsausweisen.

#### **Interessierte Organisationen:**

**SSBS** beantragt, dass in Absatz 1 auch eine Bestimmung über die Anerkennung anderer inländischer Fähigkeitsausweise aufzunehmen sei. Insbesondere seien SnowboardinstruktorInnen SSBS mit einer Zusatzausbildung im Bereich „Varianten und Touren“ dem „Schneesportlehrer mit eidgenössischem Fachausweis“ bzw. der „Schneesportlehrerin mit eidgenössischem Fachausweis“ gleichzustellen.

Gemäss **SSSA** müsse hingegen der „Schneesportlehrer mit eidg. Fachausweis“ bzw. die „Schneesportlehrerin mit eidgenössischem Fachausweis“ der erforderliche Standard sein, um die im Gesetz und in der Verordnung näher umschriebenen Risikoaktivitäten gewerbsmässig anbieten zu können.

**WeitWandern** ist der Meinung, dass analog zu Art. 7 Abs. 2 lit. b RiskV die Gewähr für die Einhaltung der Pflichten nach dem RiskG und der Verordnung aufgenommen werden müsste.

## Absatz 2

### Kantone:

**GR** schlägt vor, dass das Gelände für Schneesportlehrer und –lehrerinnen mit Bewilligungen definiert werde und beantragt eine entsprechende Änderung in Absatz 2.

**GL, VS, UR** sowie die Organisation **SBV** sind der Meinung, dass zur Vermeidung der Verwechslungsgefahr mit der Tätigkeit der BergführerInnen der Begriff „Führen“ durch „Unterrichten“ ersetzt werden sollte. Mit diesem Unterschied soll darauf hingewiesen werden, dass Schneesportlehrer und Schneesportlehrerinnen nicht für Skitouren ausgebildet sind, sondern für Tiefschneeabfahrten im Gelände, das mit einem Skilift oder einer Seilbahn erreicht werde.

### Organisationen:

Gemäss **ARGM** müsse Art. 6 Abs. 2 des Verordnungsentwurf mit „[...] um Variantenskifahren im Tiefschnee zu unterrichten [...]“ präzisiert und ergänzt werden.

## Buchstabe a

### Organisationen:

Gemäss **SBS** sei festzuhalten, dass auf markierten Pisten im Verantwortungsbereich von Skilift- und Seilbahnanlagen sowohl die FIS-Regeln als auch die SKUS- und SBS-Richtlinien anwendbar seien.

## Buchstabe b

### Kantone:

Da gemäss **BE** und den Organisationen **SIA, bfu** und **SOA** diese Bestimmung nicht den Umfang der Bewilligung, sondern eine Sorgfaltspflicht regle, sei sie in einen eigenen Absatz zu überführen. Es werde jedoch begrüsst, dass für die Beurteilung des Schwierigkeitsgrads auf eine anerkannte Methode abgestellt werde. Die Einteilungen der Touren seien im Anhang der RiskV aufzuführen.

**GL, VD** und **VS** sind der Meinung, dass es den Inhalt der Wendung „geringes Risiko“ gemäss „sachgerechter Beurteilung“ zu präzisieren gelte, damit klar sei, dass nicht (nur) die Einstufung des nationalen Lawinenbulletins des Schweizerischen Instituts für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) gemeint sei. **VS** wünscht sich als Präzisierung, dass die sachgerechte Beurteilung der Lawinengefahr im betreffenden Gebiet höchstens ein geringes Risiko (grüne Zone gemäss der Grafischen Reduktionsmethode (GRM) der vom „Kern-Ausbildungsteam Lawinenprävention Schneesport“ des SLF herausgegebenen Broschüre „Achtung Lawinen“) ergibt. **FR** schlägt dagegen vor, Artikel 6 Buchstabe b wie folgt zu ändern: « ...dass die sachgerechte Beurteilung der Lawinengefahr, nach Rücksprache mit dem Sicherheitsverantwortlichen der Region, nicht den Grad 3 übersteigt».

**FR, VS** sowie die Organisation **SBV** machen darauf aufmerksam, dass in der französischen Version der Verordnung der Begriff « minime » mit « faible » ersetzt werden müsse. In der italienischen Version sei anstatt dem Begriff „ridotto“ der Begriff „debole“ zu gebrauchen.

### Interessierte Organisationen:

**SSSA** und **STV** beantragen, dass die sachgerechte Beurteilung der Lawinengefahr im betreffenden Gebiet höchstens ein erhöhtes Risiko gemäss der Grafischen Reduktionsmethode (GRM) in der vom Kern-Ausbildungsteam „Lawinenprävention Schneesport“ herausgegebenen Broschüre „Achtung Lawinen“ ergeben darf.

Der **SBV** ist der Meinung, dass folgender Satz angefügt werden müsste: „Wobei für die Einstufung des Risikos auf den aktuellen Stand des Wissens abzustellen ist, der u.a. in der vom Kern-Ausbildungsteam „Lawinenprävention im Schneesport“ herausgegebenen Broschüre „Achtung Lawinen“ vermittelt wird.“

**IUNR** findet die Formulierung unklar, weil ein Bezugssystem fehle. Eine fixe Festlegung auf die Gefahrenstufe „gering“ gemäss Lawinenbulletin gäbe keine Planungssicherheit. Sie käme faktisch einem Berufsverbot gleich. Die Bewilligungsinhaber sollen die Lawinengefahr aufgrund der Beurteilung nach einer anerkannten Methode als gering beurteilen.

## Buchstabe c

### Kantone:

Die Terminologie « insbesondere keine Aufstiegshilfen wie Pickel, Steigeisen oder Seile, benötigt werden » erscheint **VS** nicht adäquat. **VD** ist der Meinung, dass vor allem die Nutzung von Harscheisen Schneesportlehrern bzw. Schneesportlehrerinnen zu verbieten sei.

### Organisationen:

Gemäss **WeitWandern** ist die Aufzählung in Buchstabe c nicht komplett. Diese Regelung sei jedoch sowieso überflüssig.

## Absatz 3

### Kantone:

**UR** schlägt vor, den Begriff „zur Führung“ mit „zum Unterricht“ zu ersetzen. **ZH** ist der Meinung, dass zudem der Begriff „ausreichende Grundausbildung“ näher zu definieren sei.

**GR** findet, dass auch Schneesportlehrer bzw. –lehrerinnen in Ausbildung eine Haftpflichtversicherung benötigen. Weiter sei die Begrenzung der Gruppengrösse unter Berücksichtigung des Risikos dieser Aktivität zu überprüfen.

**VD** und **VS** beantragen die Streichung von Absatz 3. Sie vertreten die Meinung, dass – sollte diese Bestimmung erhalten bleiben - die Berechtigung zu solchen Tätigkeiten auf Abfahrten im (z.B. von Sportbahnen) erschlossenen Gebiet beschränkt werden sollte, da die Schneesportlehrpersonen keine genügende Lawinenausbildung für das übrige Gebiet hätten (auch **GL**).

### Interessierte Organisationen:

Gemäss **SSSA** berücksichtige diese Formulierung mit Ergänzungen die erhöhte Verantwortung, welche die Aufsicht über eine zweite Gruppe mit sich bringe und soll gleichwohl den Personen in Ausbildung ermöglichen, die notwendigen Erfahrungen erwerben zu können.

**WeitWandern** schlägt vor, die Formulierung „[...] unter ihrer Aufsicht *auf Touren* zur Führung [...]“ zu wählen.

Der **SBV** ist der Meinung, dass diese Aktivitäten nur im erschlossenen Gebiet ausserhalb der markierten Abfahrten stattfinden sollten. Eine solche Anzahl Personen sei in der Praxis nur in erschlossenem Gebiet zu verantworten. Deshalb sei zu präzisieren, dass es um Tiefschneeabfahrten zwischen zwei Pisten oder neben einer Piste gehe, die vom Sicherheitsdienst des Skilift- oder Seilbahnbetriebs auf die Lawinengefährdung kontrolliert werden.

## **Artikel 7 Wanderleiterinnen und Wanderleiter**

### Kantone:

**LU** spricht sich dafür aus, dass Wanderleiter und -leiterinnen nach Absatz 4 lit. b dazu berechtigt sein sollen, Schneeschuhwanderungen durchzuführen, sofern unter anderem die sachgerechte Beurteilung der Lawinengefahr im betreffenden Gebiet höchstens ein geringes Risiko ergebe. Angesichts der beschränkten Lawinenausbildung von Wanderleiterinnen und –leitern solle deren Einsatzbereich auf Schneeschuhwanderungen unterhalb der Waldgrenze eingeschränkt werden.

Gemäss **AR** und **UR** stehe dieser Artikel in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Risiken, mit welchen solche Wanderungen verbunden seien. Es stelle sich die Frage, ob Art. 7 dem Gesetzmässigkeitsprinzip gerecht werde. Der Gesetzgeber habe bewusst nur gewisse Berufe resp. Tätigkeiten der Bewilligungspflicht unterstellt. **AR** beantragt, dass sich die Anforderungen an die Wanderleiter und -leiterinnen resp. „Schneeschuhleiter und -leiterinnen“ auf effektive Risikoaktivitäten im engsten Sinne zu beschränken habe.

**SG** ist der Meinung, dass diese Bestimmung zu weit gehe. Die Bestimmung sei nicht gesetzeskonform und schränke die Wirtschaftsfreiheit unverhältnismässig ein. **SZ** beantragt gar die Streichung von Art. 7.

**VD** wünscht sich eine Regelung für Aspiranten und Aspirantinnen.

### Interessierte Organisationen:

**ERBINAT, Infoklick, Wildwerk, Natur und Bewegung, Wakóna, Drudel 11, SUB, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, drosera, Rheinaubund, SILVIVA, NWSP Planoalto,**

**Bénédict, Busslinger, WWF Regiobüro, BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald, WWF Schweiz, SILVIVA, SILVAFORUM, Pro Natura, NF Rheintal, GEASI, SAJV, per pedes, SVS, WWF Zürich, IUNR, SBauernV, Agrotourismus, Cevi und Jubla** verlangen sinngemäss, dass Tätigkeiten wie beispielsweise Wandern, Trekking (auch in weglosem, aber nicht absturz- oder lawinengefährdetem Gelände) oder Bachbegehungen ohne Hilfsmittel sowie Klettern in Klettergärten weiterhin ohne Bewilligung gewerbsmässig angeboten werden dürfen. Diese Aktivitäten seien keine Risikoaktivitäten im Sinne des Gesetzes. Es sei zumindest fraglich, ob die Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit noch verhältnismässig und damit zulässig wäre. Im Weiteren wird verlangt, dass die Natur als Lern-, Bildungs-, Entwicklungs- und Erholungsort weiterhin möglichst frei zugänglich sein soll und Jugendverbände, Schulen und soziale Institutionen wie Kinder und Jugendheime, Behindertenheime, psychiatrische Kliniken und ähnlichen Einrichtungen sowie Pfadfinder- und Naturschutzgruppen, ornithologische Vereinigungen, NGO's weiterhin in der Natur arbeiten können. Schliesslich wird eine Bewilligungsfreiheit für die obgenannten Aktivitäten sowie für Ferien- und Weiterbildungsangebote in der Natur verlangt. Falls an der über SchneesportlehrerInnen und BergführerInnen hinausgehenden Reglementierung von Berufen festgehalten werde, ohne dass zusätzliche bewilligungsfreie Aktivitäten eingeführt werden, müsse eine dienliche Lösung gefunden werden für alle Personen, welche im Bereich Betreuung und Bildung gewerbsmässig in der Natur arbeiten. Von diversen Vernehmlassenden wird die Streichung von Artikel 7, resp. eine Ausnahmebestimmung für Aktivitäten in objektiv ungefährlichem Gelände verlangt.

**SW** ist der Meinung, dass es richtig sei, dass sich die Bewilligungspflicht für WanderleiterInnen auf das gewerbsmässige Anbieten von Aktivitäten im (winterlichen) schnee- oder eisbedeckten gebirgigen Gelände beschränke. Allerdings sei Art. 7 in dieser Hinsicht nicht genug präzise formuliert.

**Weitwandern, SAC** und **ASAM** fordern, dass in der Verordnung analog zur Regelung für SchneesportlehrerInnen auch der Einsatz von Personen in Ausbildung festgehalten werde. Auch für Wanderleiter-AspirantInnen seien nämlich zwingend Praxistage vorgeschrieben.

**BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald, WWF Schweiz** sowie **Pro Natura** sind der Meinung, dass eine Bewilligungspflicht für Touren auf tieferem Niveau als WT4 als Präventionsmassnahme ungeeignet sei.

**BWL** vermisst eine Regelung für WanderleiterInnen ohne eidg. Fachausweis. Eine diesbezügliche Regelung erscheine als unerlässlich. Für solche WanderleiterInnen seien Tätigkeiten bis zu einem Schwierigkeitsgrad von T3 bzw. WT3 im schnee- oder eisbedeckten Gelände zuzulassen.

### Absatz 1

#### Kantone:

**ZH** begrüsst es grundsätzlich, dass die Berufsgruppe der Wanderleiterinnen und Wanderleiter der Bewilligungspflicht unterstellt werden soll. Die Umschreibung in Art. 7 Abs. 1 sei jedoch zu überdenken. **ZH, UR** und **VS** schlagen vor, den Zusatz „schnee- oder eisbedeckt“ zu streichen. **GL** ist ebenfalls der Meinung, dass die Ausdehnung der Bewilligungspflicht allgemein auf gewerbsmässige Aktivitäten im gebirgigen Gelände näher zu prüfen sei. Es gäbe auch exponierte Stellen mit erhöhter Absturzgefahr, die nicht schnee- und eisbedeckt seien.

**GR** begrüsst es hingegen, dass nur Aktivitäten im Winter geregelt werden. Absatz 1 stehe jedoch im Widerspruch zu Absatz 3, in welchem auch die Sommertätigkeit (T3) geregelt werde. Das sei zu korrigieren.

#### Interessierte Organisationen:

**SW** und **BAW** beantragen, die Formulierung „im schnee- oder eisbedeckten gebirgigen Gelände“ mit „bei winterlichen Verhältnissen im gebirgigen Gelände abseits von markierten und präparierten Winterwanderwegen“ zu ersetzen. Auch für den **SAC** und **mw** geht zu wenig klar hervor, dass es sich nur um Winteraktivitäten der WanderleiterInnen handle. **Procap** beantragt ebenfalls, dass auf die winterlichen Verhältnisse abgestellt werde.

**SAJV, BK NGO, BZ WWF, BW Bergwald** und **Pro Natura** fordern eine Abgrenzung von Wanderungen mit Gefahrenexposition und solchen ohne Gefahrenexposition und in diesem Zu-

sammenhang eine klarere Eingrenzung des Begriffs der Risikogebiete und der Risikoaktivitäten. WanderleiterInnen seien keine Anbieter von „vergleichbaren“ Risikoaktivitäten.

Der **SBV** findet, dass es nicht die Meinung sein könne, dass nur das Wandern im schnee- oder eisbedeckten Gebirge von der Bestimmung erfasst sei. Auch **ASAM** ist der Meinung, dass nicht nur die winterlichen Aktivitäten, sondern auch die Aktivitäten im Sommer geregelt werden sollten.

**Walks-4-U** beantragt, dass in der Verordnung explizit festgehalten werde, dass das gewerbmässige Führen von Wanderungen im schneefreien Gelände, beziehungsweise in Gelände ohne geschlossene Schneedecke, keiner Bewilligungspflicht unterstehe.

**BWL** hat grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, dass nur Winteraktivitäten von der Verordnung erfasst werden. Dies jedoch unter dem Vorbehalt, dass im Nachhinein nicht auf kantonaler Ebene Regeln für Sommeraktivitäten eingeführt werden dürfen.

## Absatz 2

### Kantone:

**GR** ist der Meinung, dass weitere Ausbildungen, welche die gleichen sicherheitsrelevanten Ausbildungen beinhalten, dem BBT-Fachausweis gleichzustellen seien.

Gemäss **SG** wäre es hilfreich, wenn das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und das BASPO zentral eine Liste anlegen würden mit allen bereits geprüften und als gleichwertig anerkannten ausländischen Fähigkeitsausweisen.

**VD** ist der Meinung, dass es besser wäre, sich auf einen vom BBT als gleichwertig anerkannten ausländischen Berufstitel anstatt auf eine vom BBT als gleichwertig anerkannte Ausbildung zu beziehen.

### Interessierte Organisationen:

**SW** beantragt, die Formulierung „Wanderleiterinnen und Wanderleiter“ mit „Wanderleiterinnen und Wanderleiter, welche gewerbmässig Aktivitäten bei winterlichen Verhältnissen im gebirgigen Gelände anbieten“ zu ersetzen.

**BAW, BWL** und **ASAM** beantragen sinngemäss, dass auch andere schweizerische Ausbildungen vom BBT als gleichwertig anzuerkennen seien.

## Absatz 3

### Kantone:

**UR** und **GL** schlagen vor, den Begriff „Führen“ mit „Begleiten“ zu ersetzen.

### Interessierte Organisationen:

**SW** beantragt, die Formulierung „Wanderungen“ mit „Wanderungen bei winterlichen Verhältnissen im gebirgigen Gelände“, die Formulierung „auf markierten Wander- oder Bergwegen“ mit „auf markierten Wander- oder Bergwanderwegen“ und die Formulierung „Schwierigkeitsgrad von T3 beziehungsweise WT3 des Schweizer Alpen-Clubs SAC“ mit „Schwierigkeitsgrad von T3 beziehungsweise WT3 gemäss Skala des Schweizer Alpen-Clubs SAC“ zu ersetzen.

**Toptrek** hält fest, dass es verfehlt sei, in Absatz 3 den Schwierigkeitsgrad T3 (anspruchsvolles Schneewandern) als ganzjährig oberste Grenze zu definieren. Das sei praxisfremd und es genüge vollauf, das Führen auf Routen, bei denen Pickel, Steigeisen und Seile benötigt werden, auszuschliessen. T4 dürfe nicht ausgeschlossen werden.

**ASGIP** und **AFGIP** erachten es als wichtig, dass die SAC-Schwierigkeitsgrade beibehalten werden und dass der Zugang zu Wanderungen auf Wegen mit Schwierigkeitsgrad T1 und T2 (**AFGIP** : auch T3, wenn keine Ausrüstung, wie Pickel, Steigeisen, Seile, usw. benötigt werden) sowie WT1 und WT2 (**AFGIP** : auch WT3, wenn keine Ausrüstung, wie Pickel, Steigeisen, Seile, usw. benötigt werden) frei zugänglich bleibe (auch **ASVZ, mw** und **Plusport**). Naturführungen seien nicht der Bewilligungspflicht zu unterstellen.

Der **SAC** ist der Meinung, dass das Erwähnen des Schwierigkeitsgrades T3 weggelassen werden sollte. Da jedoch auch Skitourenrouten begangen werden können, würde es sinnvoll sein, die vergleichbare Schwierigkeitsklasse von Skitouren zu erwähnen. WT1-Touren sollen ausser-

dem allen AnbieterInnen von Aktivitäten offen bleiben. Der Grad WT4 solle den Wanderleiterinnen und Wanderleitern zugänglich sein.

**Per pedes** macht darauf aufmerksam, dass die T-Skala nur für Sommertouren zutreffe und weggelassen werden müsse (auch **mw** und **IUNR**). Ausserdem sei die Risikodefinition anhand der SAC-Schwierigkeitsskala nicht richtig (auch **IUNR**). Diese Einstufung habe nie den Zweck gehabt, Bergführergelände vom Rest zu unterscheiden. Das Festlegen auf T3 sei nicht zielführend, da alle Schwierigkeitseinstufungen gemäss SAC-Skala lediglich für „gute“ Bedingungen gelten würden. Ob eine Tour durchgeführt werde, liege im Ermessensspielraum eines Bergführers bzw. einer Bergführerin. WanderleiterInnen sollen ebenfalls eine solche ähnliche Abwägung machen dürfen. **WeitWandern** und **ASAM** finden die Eingrenzung der Tätigkeit der WanderleiterInnen vom Schwierigkeitsgrad der Tour her ebenfalls nicht zielführend. WanderleiterInnen mit eidgenössischem Fähigkeitsausweis seien im Risikomanagement solide ausgebildet und geprüft.

Die **bfu** sowie **WeitWandern** sind der Meinung, dass die Bestimmung anzupassen sei, da Wandern im Sommer nicht in den Geltungsbereich falle. Begrüsst werde, dass für die Beurteilung des Schwierigkeitsgrades von Touren auf eine anerkannte Methode abgestellt werde. Die Einteilung der Touren sei jedoch im Anhang der RiskV aufzunehmen.

Der **SBV** ist der Meinung, dass das Wort „Führen“ mit dem Wort „Begleiten“ ersetzt werden müsse. Die **Wanderleiter SBV** halten dagegen fest, dass das Wort „Führen“ oder „Leiten“ korrekt wäre.

**BAW** schlägt vor, „auf anerkannten Routen bis zu einem Schwierigkeitsgrad von T3 beziehungsweise WT3“ mit „im vergleichbaren Gelände bis zu einem Schwierigkeitsgrad von WT3“ zu ersetzen.

**Walks-4-U** beantragt, Absatz 3 ersatzlos zu streichen. Eine praxistauglichere Definition sei der Begriff „ohne Einsatz üblicher technischer Hilfsmittel“ (auch **BWL**).

Gemäss **BK NGO**, **BZ WWF**, **BW Bergwald** sowie **Pro Natura** sei in der Praxis die Grenzziehung der Bewilligungspflicht zwischen T3 und T2, respektive T1 nicht umsetzbar. Umsetzbar sei jedoch eine Grenzziehung von bewilligungsfreien Wanderungen bis T3 (inkl. rot-weissen Wanderwegen) und bewilligungspflichtigen geführten alpinen Touren (T4 respektive WT4, weiss-blau-weiße Markierungen), die von BergführerInnen durchgeführt werden müssten.

#### Absatz 4

##### Kantone:

Gemäss **BE** sowie den Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** regle die Bestimmung nicht den Umfang der Bewilligung, sondern eine Sorgfaltspflicht, die vom Bewilligungsinhaber bzw. der Bewilligungsinhaberin eingehalten werden müsse. Sie sei deshalb in einen eigenen Absatz zu überführen und es sei klarzustellen, dass es sich um eine Aufgabe des Inhabers bzw. der Inhaberin handle. **BE** sowie die Organisation **SOA** begrüssen es, dass für die Beurteilung des Schwierigkeitsgrades auf eine anerkannte Methode abgestellt werden soll. Die Einteilungen der Touren seien im Anhang der RiskV aufzuführen.

**UR** ist der Meinung, dass der Begriff „Führen“ mit „Begleiten“ ersetzt werden müsse.

**GR** erachtet es als notwendig, dass die Definition des Tätigkeitsgeländes der Wanderleiter bzw. der Wanderleiterinnen überarbeitet werde.

**GL** und **VS** sind der Meinung, dass es den Inhalt der Wendung „geringes Risiko“ gemäss „sachgerechter Beurteilung“ zu präzisieren gelte, damit klar sei, dass nicht (nur) die Einstufung des nationalen Lawinenbulletins des Schweizerischen Instituts für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) gemeint sei. **VS** wünscht sich folgende Präzisierung: „dass die sachgerechte Beurteilung der Lawinengefahr im betreffenden Gebiet höchstens ein geringes Risiko (grüne Zone gemäss der Grafischen Reduktionsmethode (GRM) der vom „Kern-Ausbildungsteam Lawinenprävention Schneesport“ des SLF herausgegebenen Broschüre „Achtung Lawinen“) ergibt“. Der Begriff „Harscheisen“ müsse gestrichen werden.

**VS** macht darauf aufmerksam, dass in der französischen Version der Verordnung der Begriff « minime » mit « faible » ersetzt werden müsse.

## Interessierte Organisationen:

**IUNR** und **per pedes** erachten die Formulierung von Art. 7 Abs. 4 lit. b als unklar, weil ein Bezugssystem fehle. Eine fixe Festlegung auf die Gefahrenstufe „gering“ gemäss Lawinenbulletin gäbe keine Planungssicherheit und käme faktisch einem Berufsverbot gleich. Die BewilligungsinhaberInnen sollen die Lawinengefahr aufgrund der Beurteilung nach einer anerkannten Methode als gering beurteilen und der Geltungsbereich sei klar auf Aktivitäten mit erhöhtem Risiko einzugrenzen.

Der **SBV** ist der Meinung, dass das Wort „Führen“ mit dem Wort „Begleiten“ ersetzt werden müsse. Ausserdem sei bei lit. b folgender Satz anzufügen: „Wobei für die Einstufung des Risikos auf den aktuellen Stand des Wissens abzustellen ist, der u.a. in der vom Kern-Ausbildungsteam „Lawinenprävention im Schneesport“ herausgegebenen Broschüre „Achtung Lawinen“ vermittelt wird“. In lit. c sei der Begriff „Aufsteigehilfen“ mit „Bergsteigermaterial“ zu ersetzen.

Die **WL SBV** sind der Meinung, dass in lit. c vorgesehen werden soll, dass abgesehen von Harscheisen oder Schneeschuhen keine weiteren technischen Hilfsmittel zum Erreichen eines Zieles geplant und eingesetzt werden dürfen. Diese Formulierung verbiete den geplanten Einsatz von technischen Hilfsmitteln, lasse aber das Mitführen eines sogenannten Wanderseils oder eines kleinen Pickels zu. Auch **BAW** verlangt, dass in lit. c der Begriff „Pickel“ gestrichen wird. Lit. b solle hingegen ersatzlos gestrichen werden. Es sei in der Eigenverantwortung der WanderleiterInnen, ihre Schneeschuhwanderungen entsprechend zu planen und durchzuführen. **BWL** ist ebenfalls der Meinung, dass Bewilligungen zum Führen von KundInnen auf Routen, die keinen Einsatz üblicher technischer Hilfsmittel erfordern, berechtigen müssen. Mit der entsprechenden Zusatzausbildung solle die Bewilligung auch z.B. für das Führen auf Klettersteigen oder ähnlichen Risikoaktivitäten in dem eigentlich BergführerInnen vorbehaltenen Gelände berechtigen. Weiter regt **BWL** an, zum Begriff „geringes Risiko“ mittels Fussnote in Abs. 4 lit. b auf das Merkblatt „Achtung Lawinen“ hinzuweisen.

## **Artikel 8 Kletterlehrerinnen und Kletterlehrer**

### Kantone:

**LU** begrüsst grundsätzlich die Ausweitung des Einsatzbereiches von Kletterlehrerinnen und -lehrern auf sämtliche Klettertouren mit Ausnahme von schnee- oder eisbedecktem Gelände oder Gelände, zu dessen Erreichen man Steigeisen, Pickel oder andere Hilfsmittel benötigt. **LU** möchte jedoch dazu anregen, Klettertouren, bei denen der Zustieg oder der Abstieg absturzgefährdet ist, auszuschliessen. Kletterlehrerinnen und -lehrer seien nicht für den sachgerechten Einsatz des Seiles gegen die Absturzgefahr im Zustiegs- oder Abstiegsbereich ausgebildet. Auch **GR** macht darauf aufmerksam, dass zu einer Klettertour ein Hinweg und ein Rückweg gehören. Falls diese Wege sich in einem Gelände im Zusammenhang mit Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes in Verbindung mit Artikel 5 bis 8 der Verordnung befinden, dürfe diese Aktivität nur von Bergführern bzw. -führerinnen angeboten werden. Es werde deshalb aus Rechtssicherheitsgründen beantragt, einen neuen Absatz 4 einzuführen. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag wird gemacht.

**ZH** begrüsst es grundsätzlich, dass die Berufsgruppe der Kletterlehrerinnen und Kletterlehrer dem Geltungsbereich des Gesetzes und damit der Bewilligungspflicht unterstellt werden soll. Es sei jedoch fraglich, ob die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Strafbestimmungen in Art. 22 der Verordnung auf Art. 8 den Anforderungen an die genügende gesetzliche Grundlage von Strafbestimmungen genüge.

**SZ** ist der Meinung, dass das Eisklettern in gefrorenen Bächen oder Felsen nicht gänzlich verboten sein sollte für gewerbsmässig tätige Kletterlehrerinnen und -lehrer. Denkbar sei eine Zulassung des Eiskletterns in Klettergärten. Weiter sei die in Absatz 3 lit. b vorausgesetzte Gewähr für die Einhaltung der Pflichten nach RiskG und RiskV unklar. Unklar sei vorallem, wann diese Voraussetzung erfüllt sei.

**GL** schlägt vor, die Aktivitäten gemäss Abs. 3 (richtig Abs. 4) wie folgt zu begrenzen: Klettern an künstlichen Infrastrukturen (In- und Outdoor), Klettern im Gelände, wenn die Routen Klettergärten mit Zu- und Abstieg über einfache Wege und maximal eine Seillänge lang über dem Start sind sowie gut abgesicherte Mehrseillängenrouten der Stufe „Plaisir“ mit Einstieg unter-

halb 1300 m.ü.M. Definierte Routen gemäss Routeninventar i.S.v. Art. 3 der Verordnung sollen möglich sein.

Gemäss **SG** wäre es hilfreich, wenn das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und das BASPO zentral eine Liste anlegen würden mit allen bereits geprüften und als gleichwertig anerkannten ausländischen Fähigkeitsausweisen.

**VS** ist der Meinung, dass Absatz 3 Buchstabe b nicht komplett sei und den KletterlehrerInnen quasi unlimitierte Aktivitäten erlaube. Die erlaubten Aktivitäten würden zu weit gehen und seien nicht mit der Ausbildung eines Kletterlehrers resp. einer Kletterlehrerin zu vereinbaren. Weiter berücksichtige die Terminologie „mit Ausnahme von schnee- oder eisbedecktem Gelände oder Gelände, zu dessen Erreichen man Steigeisen, Pickel oder andere Hilfsmittel benötigt“ nicht die schnellen klimatischen Entwicklungen (Schnee- und Gletscherschmelze). Konkret seien KletterlehrerInnen nicht dazu ausgebildet, „alpine“ Risiken und objektive Gefahren zu erfassen und zu beurteilen. Den Risikobegriff an die Höhe der Aktivität zu binden, könne dienlich sein.

**VD** ist der Meinung, dass diese Aktivitäten den BergführerInnen vorbehalten bleiben sollen. Artikel 8 sei deshalb zu streichen.

#### **Interessierte Organisationen:**

**ERBINAT, Planoalto, Bénédict, Infoklick, Natur und Bewegung, Busslinger, Wildwerk, Wakonda, Drudel 11, SUB, Rucksackschule, Förderverein Gantrisch, BK NGO, SILVIVA** und **Pro Natura** führen dazu sinngemäss aus, dass die Reglementierung der gewerbsmässigen Tätigkeit als KletterlehrerIn bzw. Kletterlehrer der Systematik der Gesetzgebung zuwider laufe bzw. den Geltungsbereich des Gesetzes weit über das vom Gesetzgeber vorgesehene Mass hinaus ausweitere. Falls an der über SchneesportlehrerInnen und BergführerInnen hinausgehenden Reglementierung von Berufen festgehalten werde, ohne dass zusätzliche bewilligungsfreie Aktivitäten eingeführt werden, müsse eine dienliche Lösung gefunden werden für alle Personen, welche im Bereich Betreuung und Bildung gewerbsmässig in der Natur arbeiten. Lediglich das Klettern in Mehrseillängenrouten solle unter den Geltungsbereich der Verordnung fallen und BergführerInnen sowie KletterlehrerInnen vorbehalten sein. **ERBINAT** und **NF Rheintal** fordern, Artikel 8 aus der Verordnung zu streichen.

Der **SAC** wünscht eine Regelung für Aspiranten und Aspirantinnen analog von Art. 5 Abs. 2.

Der **ASVZ** sowie die **NF Rheintal** beantragen, dass Aktivitäten in Klettergärten (Ein- und Mehrseillängen) aufgrund der reduzierten Risikolage von der Verordnung ausgenommen werden.

**Weitwandern** fragt sich, wieso es zum Anbieten von Kletteraktivitäten in der Halle keine Bewilligung brauche. Ausserdem müsse Abs. 1 und der zweite Abs. 3 zusammengelegt werden.

**SBV** schlägt eine Neuformulierung dieses Artikels vor, da die SBV-KletterlehrerInnen lediglich eine einfache Ausbildung in Bezug auf alpine Gefahren erhalten.

**IGKA** begrüsst, dass die Verordnung sich ausschliesslich auf gebirgiges Gelände und somit auf den Outdoorbereich bezieht.

**GME ASGM** begrüsst, dass der Tätigkeitsbereich der KletterlehrerInnen für Mehrseillängen nicht auf eine Höhe von 1300m begrenzt worden ist. Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b grenze den Tätigkeitsbereich der BergführerInnen von demjenigen der KletterlehrerInnen klar ab.

**Hauptli** fordert die Streichung von Art. 8 des Verordnungsentwurfes. Da es sich bei der Tätigkeit als KletterlehrerIn um eine längst bekannte und keineswegs neue sportliche Aktivität handle, werde sie von der Kompetenz des Bundesrates, neue Risikoaktivitäten denjenigen gemäss Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes gleichzustellen, nicht erfasst. Art. 1 Abs. 3 des Gesetzes bezwecke nämlich nur neue, bei Erlass des Gesetzes noch nicht bekannte Sportarten allenfalls der Bewilligungspflicht zu unterstellen. Da die Aktivität der KletterlehrerInnen nicht im Gesetz genannt sei, handle es sich um ein qualifiziertes Schweigen des Gesetzes.

**Pini** ist der Meinung, dass der Begriff „moniteur d'escalade“ für Verwirrung führen könnte, da dieser Begriff auch im J+S-Bereich sowie von anderen Anbietern und Anbieterinnen genutzt werde.

## **2. Abschnitt: Zertifizierung**

## Artikel 9 Anforderungen

### Kantone:

**VS** und die Organisation **SRA** möchten gern in der RiskV verankert wissen, dass eine zertifizierte und bewilligte Firma innerhalb ihres Sicherheitsdispositivs BergführerInnen und WanderleiterInnen anstellen bzw. einsetzen könne, die nicht auch noch über eine eigene Bewilligung verfügen müssen. Es sei sicherzustellen, dass solche Doppelbewilligungen nicht nötig seien.

**BE** sowie die Organisationen **SIA** und **bfu** betonen, dass in der Umsetzung sicherzustellen sei, dass die zertifizierten Unternehmen ihre Aktivitäten unverändert weiterführen können und keine weitere Bewilligung gestützt auf die vorliegende Gesetzgebung erforderlich sei. **BE** und die Organisationen **SIA**, **bfu**, **SOA**, **IUNR** sowie **STV** schlagen weiter vor, einen Absatz einzufügen, in welchem klargestellt wird, dass die Bewilligung nach Artikel 6 des Gesetzes zur Durchführung aller Aktivitäten, die in die Zertifizierung eingeschlossen sind, berechtigt.

### Interessierte Organisationen:

**ERBINAT**, **Planoalto**, **Bénédict**, **Infoklick**, **Natur und Bewegung**, **Busslinger**, **Wildwerk**, **Wakonda**, **Drudel 11**, **SUB**, **Rucksackschule**, **Förderverein Gantrisch**, **drosera**, **Rheinaubund**, **WWF Regiobüro**, **BK NGO**, **SILVIVA** und **Pro Natura** sind damit einverstanden, dass River-Rafting und Wildwasserfahrten gemäss den Begriffsdefinitionen des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. e und f) dem Geltungsbereich der Verordnung unterstellt sind.

**SAB** ist der Meinung, dass, wer nur den Verordnungsentwurf liest, den Eindruck erhalte, dass weitere Risikoaktivitäten wie Canyoning, Bungee-Jumping und River-Rafting keine Bewilligung erfordern würden. **SAB** schlägt deshalb vor, dass nach Art. 8 in der Verordnung ein neuer Artikel eingefügt werde, der sich explizit mit der Bewilligungspflicht für die weiteren Risikoaktivitäten gemäss Art. 1 Abs. 2 Bst. c-e des Bundesgesetzes befasse.

## Artikel 10 Qualitätsmanagementsysteme für Risikoaktivitäten

### Kantone:

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** sind der Meinung, dass in Buchstabe a zu präzisieren sei, dass es um Schutzziele im Bereich der Sicherheit gehe. In Buchstabe d sei „zertifiziert“ zu ersetzen durch „über eine Bewilligung gemäss dem Gesetz verfügen“ (auch **GL** sowie die Organisation **SBV**).

Für **SG** sei unklar, ob die jährliche Überprüfung der Praxis gemäss Abs. 1 lit. f lediglich eine firmeninterne Überprüfung sein wird, oder ob trotz fünfjähriger Anerkennung des Qualitätsmanagementsystems (Art. 10 Abs. 3 RiskV) eine jährliche Überprüfung bei der akkreditierten Zertifizierungsstelle erfolgen müsse. Wenn dies der Fall sei, müsse geklärt werden, ob die Bewilligungsbehörden der Kantone über festgestellte Mängel dieser jährlichen Überprüfung orientiert werden müssten und ob allenfalls Massnahmen zu ergreifen wären.

### Interessierte Organisationen:

**SOA** wünscht, dass in Art. 10 Abs. 1 lit. f RiskV nicht eine jährliche, sondern eine regelmässige Überprüfung verlangt werde.

## Artikel 11 Stiftung „Safety in adventures“

### Kantone:

**TI** begrüsst, das Konzept mit “Safety in adventures” zu stärken.

### Interessierte Organisationen:

**AS Tödi** verlangt, dass ein zusätzlicher Artikel 11bis eingeführt wird, wonach Unternehmen, welche durch Fachpersonen (dipl. BergführerInnen IVBV oder SBV mit entsprechender Zusatzausbildung, z.B. Canyoningdiplom) gemäss Art. 5 der Verordnung geführt werden und für welche Fachpersonen verantwortlich zeichnen, von der Zertifizierung durch eine Zertifizierungsstelle befreit oder per se zertifiziert seien.

**SRF** ist der Meinung, dass die Zertifizierungen der Schweizerischen Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS), mit welcher „Safety in adventures“ zusammenarbeite, viel zu teuer seien. **SRF** verlangt, dass der Wettbewerb unter den durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle SAS akkreditierten Zertifizierungs-Unternehmen gewährleistet bleibe. **SRF** schlägt vor, Absatz 2 zu streichen. Anstelle von Absatz 2 solle festgehalten werden, dass die Stiftung

Safety in adventures für River-Rafting-Aktivitäten und Wildwasserfahrten eng mit der Swiss Rafting Federation SRF und der Swiss Outdoor Association SOA zusammenarbeiten müsse.

Die **Naturfreunde Schweiz**, **WWF Zürich**, **BK NGO**, **BZ WWF**, **BW Bergwald**, **WWF Schweiz** und **Pro Natura** sind der Meinung, dass die „safety policy“ der natur- und erlebnispädagogischen Aktivitäten durch andere, geeignetere Instrumente wie Qualitäts- und Sicherheitsstandards der betroffenen Institutionen sowie mit einer professionellen Aus- und Weiterbildung der leitenden Personen sicherzustellen sei. Die **Naturfreunde Schweiz** und **WWF Schweiz** stehen der namentlichen Erwähnung der Stiftung „Safety in Adventures“ in der Verordnung kritisch gegenüber.

### 3. Abschnitt: Befreiung von der Bewilligung

#### Artikel 12 Befreiung von der Bewilligung für gelegentliche Anbieter aus der Europäischen Union und aus den EFTA-Staaten

##### Kantone:

**BE, ZH, GR** sowie die Organisationen **SIA** und **bfu**, lehnen Absatz 1 in dieser Form ab. Innerhalb der Vorgaben zur Personenfreizügigkeit seien die Vorschriften so auszugestalten, dass die Sicherheit der Gäste unabhängig von der Nationalität des Anbieters bzw. der Anbieterin gewährleistet sei. Zudem sollen die schweizerischen Unternehmen gegenüber ausländischen Firmen nicht benachteiligt werden. Zur Umsetzung dieser Grundsätze sei erforderlich, dass von der Bewilligungspflicht nur Unternehmen ausgenommen würden, die im Land ihres Sitzes über eine gleichwertige behördliche Zulassung verfügen würden. Habe dieses Land keine Vorschriften zur entsprechenden Aktivität, könne sich das Unternehmen nicht auf diese Bewilligungsfreiheit berufen, sondern müsse eine Schweizer Bewilligung einholen.

**BS** und **VS** sind der Meinung, dass 90 bewilligungsfreie Tage für Personen aus den EU/EFTA-Staaten im Hinblick darauf, dass die meisten Aktivitäten nur im Sommer oder im Winter durchgeführt werden können, als sehr lang erscheinen und in den meisten Fällen eine gesamte Saison ausmachen würden. Ein gelegentliches Anbieten umfasse gemäss **BS** und **ZH** maximal 30 Tage. **TI** vertritt ebenfalls diese Meinung, würde die Limite jedoch auf maximal 20 Tage festlegen. **VS** fordert, dass die Bewilligungsfreiheit für maximal 10 Tage geltend gemacht werden könne.

**GR** wünscht sich zur Überprüfung, ob die angebotenen Ausbildungsgänge bzw. die geltenden Zertifizierungsanforderungen dem Anforderungsprofil, welches für schweizerische Anbieter und Anbieterinnen verlangt werde, entspreche, die Erstellung einer Gleichwertigkeitsliste, mit welcher die entsprechenden Überprüfungen vorgenommen werden könnten. Es sei wünschenswert, wenn das BASPO eine solche Liste führen würde.

**GL** findet die Ausnahme von der Bewilligungspflicht von ausländischen Anbietern und Anbieterinnen aus dem EU/EFTA-Raum nicht überzeugend und nicht nötig. Unbedingt zu prüfen gelte es die Möglichkeit, die ausländischen Anbieter und Anbieterinnen von Risikoaktivitäten dem bewährten Online-Meldeverfahren des Bundesamtes für Migration (BFM) zu unterstellen.

##### Interessierte Organisationen:

**SSSA, STV, SOA, SBV, SSBS, Trekking** und **Flüeli** sind der Meinung, dass dieser Artikel zu einer Inländerdiskriminierung führe und mittels einer Ergänzung in Art. 12 Abs. 1 lit. a sichergestellt werden müsse, dass nur Personen bewilligungsfrei während einer beschränkten Dauer ohne Bewilligung in der Schweiz tätig sein können, welche über eine ausreichende Ausbildung verfügen und in mindestens einem Mitgliedstaat der EU oder der EFTA, der die Durchführung der entsprechenden Aktivität ebenfalls einer Bewilligungspflicht unterstellt, zur gewerbsmässigen Durchführung dieser Aktivität zugelassen sind. In Art. 12 Abs. 1 lit. b wird ausserdem die Verkürzung der Dauer erlaubter Aktivitäten ohne Bewilligung auf je 10 Tage in der Sommer- bzw. Wintersaison verlangt. **SAB** schlägt vor, das Kriterium des gelegentlichen Anbietens auf 30 Tage einzuschränken.

**CIC** äussert Bedenken gegen den Vorschlag, die Anzahl der Tage, während denen ausländische Anbieter und Anbieterinnen Zugang zu Schweizer Infrastruktur haben, auf 10 zu beschränken. Dies werde für eine protektionistische Forderung gehalten, die dem Interesse aller Outdoor-Guides – auch den Schweizern – widerspreche.

**CP** und die **Chambre vaudoise** sind der Meinung, dass dieser Artikel, aufgrund seiner Wichtigkeit, in das Gesetz und nicht in die Verordnung gehört.

Der **SAC** findet, dass die Formulierung gemäss Abs. 3 unrealistisch sei. Insbesondere im grenznahen Raum, in welchem viele BergführerInnen aus Nachbarländern auf längeren Touren oder bei Überschreitungen für eine oder zwei Nächte auf Schweizer Boden übernachten, sei diese Regelung nicht durchsetzbar. Eine Meldepflicht sollte erst ab 14 Tagen/Nächten pro Kalenderjahr auf Schweizer Boden vorgeschrieben werden.

### **Artikel 13 Befreiung von der Bewilligung bei Teilaktivitäten auf Schweizer Gebiet**

#### **Kantone:**

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** verlangen, dass in der Verordnung zu regeln sei, dass die An- und Abreise nicht Teil der Aktivität darstelle, wie dies bereits aus den Erläuterungen hervorgehe (auch **ZH**). Weiter sei in der Verordnung aufzuzählen, welche Anforderungen die ausländischen AnbieterInnen erfüllen müssen (Einhalten der Sorgfaltspflichten, Ausbildung, Versicherung, usw.).

Für **ZH** ist nicht ersichtlich, weshalb dieser zusätzliche Ausnahmetatbestand geschaffen werde. Soweit die Bestimmung nicht weggelassen werde, sei sie zumindest zu präzisieren. Zu streichen sei Art. 13 Abs. 2. Eine Überprüfung ob (allenfalls in einem Notfall) eine Übernachtung auf Schweizer Boden stattfinde, sei nämlich kaum umsetzbar.

**GR** beantragt einen neuen Absatz 3 in Artikel 13 aufzunehmen und macht einen entsprechenden Formulierungsvorschlag. Sofern eine Aktivität eines ausländischen Anbieters bzw. einer ausländischen Anbieterin mindestens eine Übernachtung auf schweizerischem Boden umfasse, so unterstehe dieser Anbieter bzw. diese Anbieterin dem Gesetz. Das sei grundsätzlich richtig. Es könne allerdings vorkommen, dass ausländische AnbieterInnen die Route wetterbedingt umdisponieren und dadurch ungeplant für eine Nacht in die Schweiz ausweichen müssen. **GR** schlage deshalb vor, dass bei Notsituationen von dieser Bestimmung abgewichen werden könne. Auch **GL** findet eine blosser Inland-Übernachtung als Anknüpfungskriterium für die Anwendbarkeit der Risikoaktivitätengesetzgebung als nicht sachgerecht. Das Kriterium der Dauer der konkreten Risikoaktivität auf Schweizer Boden eigne sich besser.

**SZ** ist der Meinung, dass die in Art. 13 genannten Aktivitäten gemäss Art. 1 der Verordnung gar nicht in den Geltungsbereich des RiskG fallen würden.

**VD** empfiehlt, den Begriff « nuitée » mit « nuit » zuersetzen.

#### **Interessierte Organisationen:**

**AS Tödi** ist der Meinung, dass das neue Gesetz Briefkastenfirmen ermöglichen würde, das schweizerische Steuersystem zu umgehen sowie einheimische Arbeitsplätze zu gefährden.

**SIA** und **bfu** machen darauf aufmerksam, dass diese Bestimmung auf schweizerische AnbieterInnen nicht anwendbar sei. Es sei deshalb die Formulierung „Anbieter gemäss Art. 12 Absatz 1 dieser Verordnung brauchen keine Bewilligung...“ zu wählen.

**Agrotourismus** fordert, dass unter dem 3. Abschnitt ein Artikel 13bis geschaffen werde, der ebenfalls die lokalen AnbieterInnen aufgrund ihrer Ortskunde von der Bewilligungspflicht befreie.

### **4. Abschnitt: Verfahren**

#### **Kantone:**

**GE** verlangt, dass der Verordnungstext in dem Sinne geändert wird, dass es den Kantonen erlaubt ist, sich untereinander zu organisieren und entsprechend Kompetenzen untereinander zu delegieren.

## **Artikel 14 Erteilung der Bewilligung**

### **Kantone:**

**BL** regt an, dass als Kann-Formulierung die kürzere Geltungsdauer der Bewilligung bei Personen mit Sitz im Ausland auf zwei Jahre, bzw. ein Jahr in die Verordnung aufzunehmen sei.

**FR** findet, dass die kurzen Fristen in diesem Artikel fraglich seien und schlägt vor, die Fristen nicht der Verwaltung, sondern den Gesuchstellenden (z.B. 60 Tage vor Aufnahme der Tätigkeit) vorzuschreiben.

### **Absatz 1**

#### **Kantone:**

**BS** ist der Meinung, dass in Bezug auf die im Ausland ansässigen Gesuchstellenden anzufügen sei, dass die Gesuchsunterlagen in der Amtssprache der zuständigen kantonalen Behörde vorgelegt werden müssen. Es frage sich generell, ob (mit Ausnahme des gelegentlichen Anbietens gemäss Art. 12) nicht gefordert werden müsse, dass die Anbieterinnen und Anbieter von Risikoaktivitäten, die unter die Bewilligungspflicht fallen, über eine Niederlassung bzw. über einen Sitz in der Schweiz verfügen müssen.

**BS, BL** und **SG** lehnen es strikt ab, dass Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland das Gesuch bei einer kantonalen Behörde ihrer Wahl einreichen können und sind der Meinung, dass eine Person mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland das Gesuch bei der Behörde des Kantons einzureichen habe, wo der Hauptteil der Aktivität durchgeführt werden soll, oder in dem Kanton, wo die erste Aktivität durchgeführt werden soll.

### **Absatz 2**

#### **Kantone:**

**BE** sowie die Organisationen **SIA** und **SOA** sind der Meinung, dass sich die für das Gesuch beizubringenden Unterlagen vereinfachen lassen. Weder die Niederlassungsbewilligung noch der Handelsregisterauszug seien für die Behörden erforderlich.

**SZ** ist der Meinung, dass im Bewilligungsverfahren ein Versicherungsnachweis einzufordern sei. Dies sei im Anhang zu ergänzen.

### **Absatz 3**

#### **Kantone:**

**ZH** und **SZ** würden es begrüssen, wenn das Bundesamt für Sport ein einheitliches Gesuchformular für alle Kantone zur Verfügung stellen würde.

**AR** fragt sich, ob es diese ausdrückliche Regelung tatsächlich brauche und ob die Kantone nicht ohnehin kompetent seien, ein Formular vorzuschreiben.

**SG** ist der Meinung, dass – um unverhältnismässigen Rechtsaufwand bei den Kantonen zu vermeiden - Art. 14 Abs. 3 dahingehend umzuformulieren sei, dass dort, wo die Kantone ein Formular zur Verfügung stellen, die Verwendung dieses Formulars Voraussetzung für die Gültigkeit des Gesuches sei. Allenfalls sei Art. 14 Abs. 3 ganz zu streichen.

### **Absatz 4 und 5**

#### **Kantone:**

**AG, LU, ZH, AR** und **SZ** erachten die in den Absätzen 4 und 5 vorgesehenen Bearbeitungsfristen von fünf Tagen für die Prüfung des Gesuches beziehungsweise 30 Tagen für den Entscheid über das Gesuch als zu kurz. Beantragt wird, wenn überhaupt solche Fristen vorgeschrieben werden sollen, mindestens eine Verdoppelung des Bearbeitungsfristen. **BS** und **GR** lehnen die vorgesehene verbindliche Frist zur Prüfung der Unterlagen (fünf Tage) und die dreissigtägige Frist bis zur Entscheidung der kantonalen Behörden ebenfalls ab. **GR, AR** und **VD** beantragen gar die Streichung dieser Fristen. Auch **BL** verlangt, dass auf die Nennung der Fristen verzichtet werde. Es sei weiter nicht klar, ob Kalender- oder Arbeitstage gemeint seien. Die Angaben seien zu ersetzen mit dem Passus „innerhalb nützlicher Frist“.

**AR** begrüsst die Regelung, wonach ein zur Verbesserung zurückgewiesenes Gesuch als zurückgezogen gilt, wenn die anberaumte Frist nicht eingehalten wird.

## **Absatz 6**

### **Kantone:**

**GR** würde es begrüßen, wenn der Bund die Kantone bei der Umsetzung des Verfahrens unterstützen könnte, nicht zuletzt zwecks Koordination und gleicher Rechtsanwendung.

## **Artikel 15 Erneuerung der Bewilligung**

### **Kantone:**

**ZH** begrüsst verbindliche Fristen für die Behandlung des Gesuchs. Die Frist von fünf Tagen sei aber zu kurz angesetzt und auf zehn Tage zu verlängern.

**SZ** erachtet es als wünschenswert, wenn in den Weiterbildungen der Berufsverbände – und auch bereits in den Ausbildungsgängen – die Thematik der Störungsvermeidung für Wildtiere und Fische einbezogen würde.

**GL** ist der Meinung, dass die Weiterbildung auf vier Tage erhöht werden sollte, da sonst der geltende Standard der SchneesportlehrerInnen unterboten würde. **VD** schlägt vor, zwei Weiterbildungskurse pro Periode à vier Jahren zu verlangen.

**FR** sowie die Organisation **SRF** sind der Meinung, dass ergänzt werden müsse, dass „Artikel 6 des Gesetzes“ anwendbar sei.

### **Interessierte Organisationen:**

**SSSA** vertritt die Meinung, dass die Teilnahme an vier Weiterbildungstagen vorgesehen werden solle.

**ERBINAT** und **SILVIVA** verlangen, dass die Erneuerung der Bewilligung an eine Weiterbildungspflicht zu den Themen des Sicherheits- und Risikomanagements gebunden werde.

**SIA** und **bfu** weisen darauf hin, dass viele Weiterbildungen nicht von den Berufsverbänden selber angeboten, aber von diesen anerkannt werden. In Absatz 1 sei deshalb „angeboten“ durch „anerkannt“ zu ersetzen. **IUNR** präzisiert ebenfalls, dass gemäss Abs. 1 sicherheitsrelevante Weiterbildungen besucht werden sollen und diese auch ausserhalb der Berufsverbände in Anspruch genommen werden können sollen.

## **Artikel 16 Meldung von Änderungen**

### **Kantone:**

**ZH** begrüsst eine obligatorische Meldepflicht innert 30 Tagen für Änderungen.

**GL** ist der Meinung, dass die in diesem Artikel bestimmten Meldepflichten nicht sanktioniert werden und deshalb evtl. wenig wirksam seien. Ein Amtshilferecht (inkl. Melderecht für Versicherungen, Prüfinstanzen, Zertifizierungsstellen) bzw. eine Pflicht zur Information bei Strafurteilen wäre griffiger.

## **Artikel 17 Veröffentlichung**

### **Kantone:**

**LU** fragt sich, ob die aktive Publikation aller Angaben der Bewilligungsinhaberinnen und –inhaber nicht weiter gehe, als dies durch Artikel 12 des Bundesgesetzes verlangt werde.

**GR, SG, BL** und **VD** sind der Meinung, dass der Bund ein zentrales Register im Internet führen und nicht jeder Kanton ein separates Register führen solle. Ein Zusammenschluss der Daten auf Bundesebene sei zwingend nötig. Alternativ könne der Bund eine zentrale Plattform zur Verfügung stellen, auf welcher die Kantone die Veröffentlichungen durchführen können. **SG** schlägt als zentrale Stelle für die Veröffentlichung aller in der Schweiz ausgestellten Bewilligungen das **BASPO** vor.

**VS** führt aus, dass die Publikationsfrist massgebend sei und stellt sich die Frage, wie diese bei Saisoniers gehandhabt werden soll. Weiter stelle sich die Frage, ob die Publikation der Bewilligung jährlich erfolgen müsse, obwohl die Bewilligung für vier Jahre erteilt werde. Haftpflichtversicherungsverträge würden von den Versicherungen nämlich jeweils nur für ein Jahr abgeschlossen werden. **VS** stellt sich die Frage, wer kontrolliere, dass die Bewilligungsinhaber korrekt versichert seien und die Versicherung entsprechend erneuern. Weiter sei fraglich, was die

Konsequenzen wären, wenn ein Bewilligungsinhaber bzw. eine Bewilligungsinhaberin, welcher bzw. welche nicht mehr versichert wäre, einen Unfall hätte.

## **Artikel 18 Massnahmen bei Missachtung von Vorschriften**

### **Kantone:**

**ZH** findet, dass die Möglichkeit zum Entzug der Bewilligung notwendig und sinnvoll sei.

**GR** würde es sinnvoll finden, wenn für den Entzug der Bewilligung sowohl die Behörde am Wohnsitz wie auch diejenige am „Begehungsort“ zuständig wären. Eine andere mögliche Lösung könnte sein, dass die Behörde, die die Bewilligung erteilte, zuständig für einen Entzug sei. Die anderen kantonalen Behörden wären aber zu verpflichten, Verstösse in ihrem Kanton der erteilenden Behörde zu melden und Amtshilfe im Verfahren betreffend Entzug zu leisten.

**SG** geht davon aus, dass keine aktiven Kontrollen seitens der Bewilligungsbehörde gefordert seien, da die regelmässige Überprüfung aller erteilten Bewilligungen mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand verbunden wäre.

## **Artikel 19 Gebühren**

### **Kantone:**

**AG, SG, FR, BS** und **ZH** verlangen eine Erhöhung der Gebühren.

**BE** sowie die Organisationen **SIA, bfu, SOA** und **IUNR** sind der Meinung, dass die Gebühr für Einzelpersonen sowie für Unternehmen gleich hoch sein (CHF 100) soll. Gemäss **BE** und den Organisationen **SIA, bfu** und **SOA** soll ein Bewilligungsinhaber bzw. eine Bewilligungsinhaberin bei einem Entzug der Bewilligung dagegen nach dem Verursacherprinzip für die diesbezüglichen Kosten aufkommen. **ZH** und **BS** vertreten die Meinung, dass es allgemein sinnvoller wäre, einen Rahmen für die Gebühren vorzugeben (z.B. CHF 200 bis CHF 800), so dass die Gebühren im Einzelfall je nach Aufwand festgelegt werden könnten. Auch **GR** fordert, dass die Gebühren so festgelegt werden, dass sie mit dem Verwaltungsaufwand übereinstimmen.

**ZH** verlangt die Streichung der Gebührenerhebung gemäss Art. 19 Abs. 3 und 4. Sollte Art. 19 Abs. 3 dennoch stehen bleiben, so seien die Verweisungen in den Klammern anzupassen (in Bst. a Art. 14 Abs. 4 und in Bst. b Art. 18). Die in Abs. 3 Bst. a vorgesehene Gebühr für die Rückweisung des Gesuchs zur Verbesserung erscheint **SZ** ebenfalls unnötig und wenig dienstleistungsorientiert.

### **Interessierte Organisationen:**

**CP** und **Chambre vaudoise** machen darauf aufmerksam, dass bei der Festsetzung von Gebühren das Kostendeckungsprinzip und das Äquivalenzprinzip beachtet werden müsse, so dass die Gebühren nicht höher als die effektiven Kosten sein dürfen. Die vorgesehenen Gebühren seien jedoch nicht überhöht.

**SRF** ist der Meinung, dass CHF 500 für den Erhalt der Bewilligung viel zu hoch seien, vor allem auch unter dem Aspekt, dass noch die Zertifizierungskosten dazukommen würden. **SRF** schlägt CHF 100 als Gebühr für die Bewilligungen gemäss Artikel 6 des Gesetzes vor. Absatz 3, 4 und 5 seien zu streichen.

## **3. Kapitel: Versicherungs- und Informationspflicht**

### **Artikel 20 Versicherungspflicht**

#### **Kantone:**

**ZH** erachtet die Festlegung einer Versicherungspflicht analog der Verordnung zum Konsumkreditgesetz (VKKG, SR 221.214.11) als sinnvoll und zweckmässig. Entsprechend Art. 7b VKKG sollte auch die Auflösung des Sperrkontos geregelt werden. Die Frist für die Auflösung könnte aber in diesem Fall auf ein Jahr herabgesetzt werden.

**SZ** ist der Meinung, dass Abs. 2 Bst. a dahingehend zu präzisieren sei, dass sich ein Bürge oder Garant (Bank) mindestens bis zum Betrag von 5 Mio. Franken pro Jahr verpflichten müsse.

Dem Kanton **TI** ist das Prinzip von Artikel 12 nicht klar. Er erachtet eine strengere Formulierung der Versicherungspflicht als notwendig, damit die AnbieterInnen von Risikoaktivitäten ihre Ver-

antwortung und damit die ihnen daraus allfällig entstehenden Rettungskosten nicht auf die Teilnehmende überwälzen können. Oft müsse nämlich ein staatlicher Fonds einspringen.

#### **Interessierte Organisationen:**

Der **SVV** führt zur Versicherungspflicht aus, dass AnbieterInnen von Risikoaktivitäten nur dann Versicherungsschutz erhalten würden, wenn ihre erwiesenen Fähigkeiten und ihre berufliche Ausbildung das Risiko für die Versichertengemeinschaft als versicherbar erscheinen lasse. Alle Risikogruppen mit besonderer Ausbildung und Fähigkeitsausweisen, wie zum Beispiel BergführerInnen und SchneesportlehrerInnen, würden schneller Versicherungsschutz erhalten können als AnbieterInnen in Risikogruppen ohne Fähigkeitsausweise, wie z.B. Bungee-Jumping oder River-Rafting. Diese würden zwar nach dem Willen des Gesetzgebers auch nur unter bestimmten Voraussetzungen eine Zertifizierung erhalten, eine eigentliche Fähigkeitsprüfung könne dieses Zertifizierungs-Verfahren aber nicht ersetzen.

**SRF** schlägt vor, den französischen Text mit „en responsabilité civile“ nach „Obligation de s'assurer“ zu ergänzen. **SRF** erscheint es als wünschenswert, wenn der Bund eine Liste mit den Versicherungsunternehmen, welche bereit sind, Outdoor-Aktivitäten haftpflichtrechtlich zu versichern, erstellen würde. Der Bund könne es gegenüber den Versicherungsunternehmen auch als obligatorisch erklären, zertifizierte Unternehmen zu versichern. Eine dritte Möglichkeit sei, dass der Bund das Mandat, die zertifizierten Outdoor-Unternehmen, welche keinen anderen Haftpflichtversicherer finden können, zu versichern, der SUVA übertrage.

#### **Absatz 1**

##### **Interessierte Organisationen:**

**Top trek** ist der Auffassung, dass, wenn der Hauptzweck der Risikoaktivitätengesetzgebung wirklich der Schutz der Konsumenten und Konsumentinnen sei, gerade hier kein Kompromiss gemacht werden dürfe. **OI** ist der Meinung, dass jedoch auch die Versicherungsbranche in die Pflicht genommen werden müsse.

**CP, Chambre vaudoise** sowie **ASAM** erachten die Mindesthöhe der Versicherungssumme von CHF 5 Millionen pro Jahr als angemessen. **ASAM** würde die Mindesthöhe der Versicherungssumme von CHF 10 Millionen pro Jahr jedoch als gerechtfertigter erachten.

#### **Absatz 2**

##### **Kantone:**

**GR** ist der Meinung, dass die Betriebshaftpflichtversicherung von angestellten Bewilligungsinhaberinnen und –inhabern der Berufshaftpflichtversicherung gleichgestellt werden solle. Aufgrund dessen wird beantragt, eine neue Litera c einzufügen.

**VD** weist darauf hin, dass sichergestellt werden müsse, dass ein Sperrkonto bei einer Bank in der Höhe von CHF 5 Millionen nicht deblockiert werden könne ohne dass man sich vorher neu versichere, ohne dass die Bewilligung eine bestimmte Zeit abgelaufen sei und ohne dass ein gerichtlicher Entscheid vorliege, der der Bank erlaube, das blockierte Konto freizugeben. **VD** schlägt vor, einen neuen Artikel 20a einzubauen.

##### **Interessierte Organisationen:**

**OI** ist der Meinung, dass Art. 20 Abs. 2 in der Praxis wohl unrealistisch sei – ausser wenn man eine Branchenlösung durch die SOA erwirken könne. Diese wiederum zeige sich aber in der Praxisumsetzung als sehr schwierig an, da die Outdoor-Branche in der Schweiz durch viele kleine heterogene AnbieterInnen zusammengesetzt sei. Ein einzelner Anbieter bzw. eine einzelne Anbieterin könne unmöglich Art. 20 Abs. 2 erfüllen.

#### **Absatz 3**

##### **Interessierte Organisationen:**

**SVV, SIA** und **bfu** führen aus, dass in Art. 20 Abs. 3 RiskV der Begriff „schweizerischen“ zu streichen sei.

## Artikel 21 Informationspflicht

### Kantone:

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** vertreten die Meinung, dass die Informationspflicht am Ziel vorbei gehe. Einerseits genüge es, wenn die Informationen in den allgemeinen Geschäftsbedingungen oder der Anmeldung zur Aktivität zur Verfügung gestellt würden. Andererseits sei für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht primär die Haftpflichtversicherung von Interesse, sondern die individuelle Versicherung gegen Unfallrisiken. Dieser Versicherungsschutz sei Sache der Teilnehmenden und nicht des Anbieters bzw. der Anbieterin. Gemäss **LU** gehe die Informationspflicht betreffend Versicherung vorallem bei Einzelpersonen mit Bewilligung zu weit und sei deshalb zu streichen. Eine solche Informationspflicht könne höchstens bei grösseren Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Canyoning, River Rafting und Bungee Jumping als verhältnismässig beurteilt werden.

**ZH** erachtet hingegen eine umfassende Informationspflicht für Kundinnen und Kunden als sinnvoll. Die Informationspflicht solle sogar um einen Hinweis zur bewilligungserteilenden Behörde (Kanton) ergänzt werden. Dass die Informationen nach Art. 21 Abs. 2 auch auf Billetten enthalten sein sollte, erachtet **ZH** jedoch als zu weit gehend und unnötig und fordert deshalb, in Art. 21 Abs. 1 Bst. b die Billette zu streichen.

**BL** regt an, an geeigneter Stelle in der Verordnung auch Informationen über Zertifizierungen und Bewilligungen vorzusehen.

### Interessierte Organisationen:

**SVV**, **SIA** und **bfu** sind der Meinung, dass die Versicherungs- und Informationspflicht grundsätzlich einen Eingriff in die Vertragsfreiheit bedeute und nicht unproblematisch sei. Der **SVV** schlägt daher vor, dass über „den Bestand einer Versicherung gemäss Gesetz oder eine gleichgestellte Sicherheit“ informiert werden müsse. Aus Sicht des **SVV** könne die Informationspflicht in der Verordnung verankert werden. Der Konsumentenschutz werde durch diesen Hinweis aber nicht stärker. Besser würde es sein, dass die VersicherungsnehmerInnen durch die Bewilligungsstelle einen Versicherungsnachweis und bei Versichererwechsel eine Meldung an die Bewilligungsstelle zu erbringen hätten (Vorschlag eines Abs. 1bis: „Der Bewilligungsträger muss der Bewilligungsstelle den Abschluss einer Versicherung gemäss Gesetz und einen Versichererwechsel melden.“). Anstelle der UID sei der Bewilligungsstelle ausserdem die Police des Versicherungsunternehmens beizubringen.

**SIA** und **bfu** führen weiter aus, dass im Kommentar zu Art. 21 RiskV eine Art direktes Forderungsrecht erwähnt werde. Ein solches Forderungsrecht gäbe es aber nicht. Die Bestimmung sei deutlich zu vereinfachen.

**SOA** fordert, Art. 21 Abs. 1 lit. b RiskV sowie Art. 21 Abs. 2 lit. a bis c RiskV zu streichen.

## 4. Kapitel: Anwendbarkeit der Strafbestimmungen des Gesetzes

### Artikel 22 Anwendbarkeit der Strafbestimmungen des Gesetzes

#### Kantone:

**ZH** findet, dass es fraglich sei, ob die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Strafbestimmungen in Art. 22 der Verordnung auf Art. 7 den Anforderungen an die genügende gesetzliche Grundlage von Strafbestimmungen genüge.

#### Interessierte Organisationen:

**IUNR** und **SRF** beantragen die Streichung dieses Artikels.

## 5. Kapitel: Schlussbestimmungen

### Artikel 23 Übergangsbestimmungen

#### Kantone:

**BE** sowie die Organisationen **SIA**, **bfu** und **SOA** verlangen, dass die Fristen in Absatz 2, 3 und 6 aufeinander abgestimmt werden. Die altrechtlichen Bewilligungen müssen solange gelten, bis eine Bewilligung nach neuem Recht möglich sei.

#### **Absatz 4**

##### **Kantone:**

**VD** ist der Meinung, dass die Weiterbildung nicht „genügend“, jedoch aber „abgeschlossen“ sein sollte.

##### **Interessierte Organisationen:**

**SSSA** findet, dass die vorgesehene Möglichkeit, altrechtliche Patente dem „Schneesportlehrer mit eidgenössischem Fachausweis“ bzw. der „Schneesportlehrerin mit eidgenössischem Fachausweis“ gleichzustellen, aus der Verordnung gestrichen werden solle.

Obwohl im Kommentar zu Abs. 4 die WanderleiterInnen erwähnt werden, fehlen sie gemäss **BWL** in der Verordnung. Weiter sei Abs. 4 dahingehend zu ergänzen, dass unter den gleichen Voraussetzungen wie bei den in Abs. 4 aufgeführten Berufsgattungen ebenso die altrechtlichen Lawinenkurse der Schneeschuhwanderausbildung der BAW für WanderleiterInnen als gleichwertig zu bezeichnen seien.

#### **Absatz 5**

##### **Interessierte Organisationen:**

**SRF** ist der Meinung, dass dieser Absatz gestrichen werden soll.

#### **Absatz 6**

##### **Interessierte Organisationen:**

**CP** und **Chambre vaudoise** sind der Meinung, dass diese Frist als genügend erscheine und den Kantonen und Unternehmen die nötige Zeit zur Verfügung stellen würde, um die nötigen Anpassungen vorzunehmen.

#### **Artikel 24 Inkrafttreten**

##### **Kantone:**

**GR** fordert, die Verordnung (mit dem Gesetz) frühestens auf den 1. Januar 2014 in Kraft zu setzen, damit die Kantone bei der Umsetzung über die notwendige Zeit verfügen.

**VD** macht darauf aufmerksam, dass es nicht möglich sei, dass Teile der Verordnung vor dem Gesetz in Kraft treten.

##### **Interessierte Organisationen:**

**WeitWandern** bemerkt, dass das Datum des Inkrafttretens für Wanderleiterinnen und Wanderleiter nicht realistisch sei, weil bis dann noch nicht alle bisher Tätigen und Ausgebildeten eine Eidgenössische Berufsprüfung ablegen können.

#### **Anhang (Art. 14 Abs. 2 RiskV)**

##### **Kantone:**

**LU**, **VD** und **BS** sowie die Organisation **WeitWandern** beantragen, dass dem Gesuch zusätzlich ein aktueller Strafregisterauszug und ein Versicherungsnachweis beizulegen sei.

##### **Interessierte Organisationen:**

**SKV** findet, dass es nicht nötig sei, dem Gesuch einen Handelsregisterauszugs beizulegen.

**SIA** und **bfu** verlangen, dass wenn zwischen dem Erwerb der Ausbildung und dem Gesuch zur Bewilligung eine längere Zeit liege (mehr als vier Jahre) ein Nachweis der absolvierten Weiterbildung (gemäss Art. 15 RiskV) zu erbringen sei. In Ziffer 3 solle ein entsprechender Absatz 2a aufgenommen werden.

## 5 Anhänge

### 5.1. Vernehmlassungsadressaten

#### 1. Kantone / Cantons / Cantoni

Staatskanzlei des Kantons Zürich	Neumühlequai 10 Postfach 8090 Zürich
Staatskanzlei des Kantons Bern	Postgasse 68 3000 Bern 8
Staatskanzlei des Kantons Luzern	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern
Standeskanzlei des Kantons Uri	Postfach 6460 Altdorf 1
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	Bahnhofstrasse 9 Postfach 1260 6431 Schwyz
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	Rathaus 6061 Sarnen
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	Dorfplatz 2 6371 Stans
Regierungskanzlei des Kantons Glarus	Rathaus 8750 Glarus
Staatskanzlei des Kantons Zug	Seestrasse 2 Postfach 156 6301 Zug
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg
Staatskanzlei des Kantons Solothurn	Rathaus Barfässerstrasse 24 4509 Solothurn
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	Marktplatz 9 4001 Basel
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	Rathausstrasse 2 4410 Liestal
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	Regierungsgebäude Postfach 9102 Herisau
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	Marktgasse 2 9050 Appenzell
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen
Regierungsrat des Kantons Graubünden	Reichsgasse 35 7001 Chur
Staatskanzlei des Kantons Aargau	Regierungsgebäude 5001 Aarau
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	Schlossmühlestrasse 9 8510 Frauenfeld
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Residenza Governativa 6501 Bellinzona

Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	Place du Château 4 1014 Lausanne
Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	Place de la Planta 3 Palais du Gouvernement 1950 Sion
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	Case postale Le Château Rue de la Collégiale 12 2000 Neuchâtel
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 Case postale 3964 1211 Genève 3
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	2, rue de l'Hôpital 2800 Delémont
Konferenz der Kantonsregierungen	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 444 3000 Bern 7

## 2. Interessierte Organisationen

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Postfach 7836 3001 Bern
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)	Postfach 3001 Bern
Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Postfach 8032 Zürich
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association	Postfach 4182 4002 Basel
Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Postfach 3000 Bern 23
Kaufmännischer Verband Schweiz (KV Schweiz) Société suisse des employés de commerce (SEC Suisse) Società svizzera degli impiegati di commercio (SIC Svizzera)	Postfach 1853 8027 Zürich
Travail.Suisse	Postfach 5775 3001 Bern
Schweizerischer Versicherungsverband SVV Association Suisse d'Assurances Associazione Svizzera d'Assicurazioni	C.F. Meyer-Strasse 14 Postfach 4288 8022 Zürich
Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Sportämter ASSA Association Suisse des Services des sports ASSS	Geschäftsstelle Postfach 5001 8045 Zürich
Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten KKS	St. Jakobstrasse 43 4133 Pratteln
Schweizerische Berufsbildungsämterkonferenz	Postfach 5975 3001 Bern
Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren VDK	Haus der Kantone Speichergasse 6, Postfach 3000 Bern 7

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren	Postfach 5975 3001 Bern
Swiss Olympic Association	Haus des Sports Postfach 606 3000 Bern 22
Schweizer Alpen-Club SAC	Monbijoustrasse 61 Postfach 3000 Bern 23
Cevi Schweiz (Fachausschuss Sport)	Zentralsekretariat Sihlstrasse 33 8021 Zürich
Swiss Cycling	Postfach 606 3000 Bern 22
Schweizerischer Hochschulsport-Verband	Dufourstrasse 50 9000 St. Gallen
Schweizerischer Kanu Verband	Rüdigerstrasse 10 8045 Zürich
Schweizerischer Lebensrettungs-Gesellschaft	Geschäftsstelle Schellenrain 5 6210 Sursee
Pfadibewegung Schweiz	Speichergasse 31 Postfach 529 3000 Bern 7
Schweizerischer Schwimmverband	Postfach 606 3000 Bern 22
Swiss Ski	Postfach 252 3074 Muri b. Bern
International Ski Federation FIS	Blochstrasse 3653 Oberhofen
Beratungsstelle für Unfallverhütung, bfu	Laupenstrasse 11 3008 Bern
Gesundheitsförderung Schweiz	Postfach 311 3000 Bern 6
Pro Senectute	Lavastrasse 60 8027 Zürich
Santesuisse	Römerstrasse 20 4502 Solothurn
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbände SAJV	Gerbergasse 39 Postfach 292 3000 Bern 13
Suva	Hauptsitz Fluhmattstrasse 1 6002 Luzern
Swiss Snowsports	Hühnerhubelstrasse 95 3123 Belp
Schweizer Bergführerverband SBV	Geschäftsstelle Hadlaubstrasse 49 8006 Zürich
Schweizer Schneesport Berufs- und Schulverband SSBS	Voa Pedra Grossa 5 7078 Lenzerheide
Swiss Rafting Federation	Case postale 73 1226 Thonex
Swiss TS Technical Services AG	Richtistrasse 15 Postfach 8304 Wallisellen
Verband Schweizer Seilparks	Postfach 47

	3000 Bern 13
Swiss Outdoor Association SOA	Geschäftsstelle Hadlaubstrasse 49 8006 Zürich
Verband öffentlicher Verkehr VÖV	Dählhölzliweg 12 3000 Bern 6
Schweizer Tourismus-Verband STV	Finkenhübelweg 11 Postfach 8275 3001 Bern
Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme SQS	Bernstrasse 103 3052 Zollikofen
SGS Société Générale de Surveillance SA	Technoparkstrasse 1 8005 Zürich
Associazione Consumatrici e Consumatori della Svizzera Italiana ACSI	Via Polar 46 c.p. 165 6932 Lugano-Breganzona
Fédération romande des Consommateurs FRC	Case postale 6151 1002 Lausanne
Konsumentenforum kf	Belpstrasse 11 3007 Bern
Stiftung für Konsumentenschutz SKS	Monbijoustrasse 61 Postfach 3000 Bern 23
Association Suisse des Accompagnateurs en Montagne ASAM	Rue des Cerisiers 5 1752 Villars-sur-Glâne
beco Berner Wirtschaft	Münsterplatz 3 3011 Bern
Schweizerische Gesellschaft für Höhlenforschung Société Suisse de Spéléologie Società Svizzera di Speleologia	Case postale 1332 2301 La Chaux-de-Fonds
BWL Bündner Wanderleiter Guids da viandar dal Grischun Guide escursionistiche dei Grigioni	Herrn Stefan Barandun Präsident BWL Gäuggelistrasse 44 7000 Chur
Bundesleitung Jungwacht Blauring	St. Karliquai 12 6004 Luzern
Trägerschaft Berufsprüfung Wanderleiterinnen/Wanderleiter (TBW) Organe Responsable de l'Examen Professionnel Accompagnatrice/Accompagnateur de Randonnée (OREPAR) Organo Responsabile per l'Esame Professionale quale „Accompagnatrice/ Accompagnatore di Escursionismo“ (OREPAE)	Herrn Fabio Bella Präsident TBW Via Bramantino 27 6600 Locarno
Genossenschaft WeitWandern	« die andere ART zu reisen » Postfach 122 3703 Aeschiried

## 5.2. Teilnehmerliste und Abkürzungsverzeichnis der Vernehmlasser

Sämtliche Kantone mit Ausnahme von Obwalden	
Schweizerischer Schneesport Berufs- und Schulverband	SSBS
Schweizerischer Arbeitgeberverband	SAV
Planoalto	Planoalto

Schweizer Wanderwege	SW
Toptrek.ch Swiss Outdoor Dreams	Toptrek
Outdoor Interlaken	OI
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	SAB
Centre Patronal	CP
Bénédict International	Bénédict
Infoklick.ch	Infoklick
Natur und Bewegung	Natur und Bewegung
Daniel Busslinger, Erlebnispädagoge NDK	Busslinger
Schweizerischer Bauernverband	SBauernV
Alpinschule Tödi GmbH	AS Tödi
Wildwerk	Wildwerk
Swiss Snowsports Association	SSSA
Gesundheitsförderung Schweiz	GHFS
Schweizerischer Versicherungsverband	SVV
Association Suisse des Accompagnateurs en Montagne	ASAM
Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz	KBNL
Stiftung Umweltbildung Schweiz	SUB
Verein drosera	drosera
Jungwacht Blauring Schweiz	Jubla
Pfadibewegung Schweiz	PBS
Schweizer Alpen-Club	SAC
Seilbahnen Schweiz	SBS
Pro Senectute Schweiz	Pro Senectute
Stöckli Sport AG	Stöckli
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände	SAJV
Institution Wakóna GmbH	Wakóna
ERBINAT Fachverband Erleben und Bildung in der Natur	ERBINAT
Drudel 11 Verein für Erlebnis- und Umweltpädagogik	Drudel 11
Rucksackschule	Rucksackschule
Förderverein Region Gantrisch, Naturpark Gantrisch	Förderverein Gantrisch
per pedes bergferien	per pedes
Suva	Suva

Brugg Regio	Brugg Regio
arbeitskreis tourismus & entwicklung	arbeitskreis tourismus & entwicklung
Procap Schweiz (Ressort Reisen und Sport)	Procap
Cevi Schweiz	Cevi
Konsumentenforum	kf
Swiss Cycling	SC
Akademischer Sportverband Zürich	ASVZ
Schweizerischer Kanu-Verband	SKV
Stiftung für Konsumentenschutz	SKS
Safety in adventures	SIA
Beratungsstelle für Unfallverhütung	bfu
Genossenschaft WeitWandern	WeitWandern
Schweizer Tourismus-Verband	STV
Swiss Rafting Federation	SRF
Swiss Outdoor Association	SOA
Schweizerischer Gewerbeverband	SGV
Chambre vaudoise des arts et métiers	Chambre vaudoise
Schweizer Bergführerverband	SBV
Agrotourismus Schweiz	Agrotourismus
Schweizerische Volkspartei	SVP
Mountain wilderness	mw
Wanderleiter SBV	WL SBV
Commission Internationale de Canyon	CIC
Flussfahrten Aargau	FFA
aargauerwasser	aargauerwasser
Rheinaubund	Rheinaubund
IG Kletteranlagen	IGKA
Plusport Behindertensport Schweiz	Plusport
BAW Bündner Wanderwege	BAW
FachFrauen Umwelt	ffu-pee
Schweizerischer Pontonier-Sportverband	SPSV
Swiss River Adventures GmbH	SRA
Naturfreunde Schweiz	Naturfreunde Schweiz
Schweizer Vogelschutz SVS / BirdLife Schweiz	SVS

Trekking Team AG	Trekking
Schweizerischer Nationalpark	SNP
Association Suisse des Guides-Interprètes du Patrimoine	ASGIP
Association pour la formation de guide-interprète du patrimoine	AFGIP
Walks-4-U GmbH	Walks-4-U
BWL Bündner Wanderleiter	BWL
WWF Sektionen Appenzell, St. Gallen und Thurgau, Regiobüro St. Gallen	WWF Regiobüro
WWF Zürich	WWF Zürich
Bildungscoalition NGO	BK NGO
Bildungszentrum WWF	BZ WWF
Bildungswerkstatt Bergwald	BW Bergwald
WWF Schweiz	WWF Schweiz
CURAVIVA Schweiz	CURAVIVA
Stiftung SILVIVA	SILVIVA
Groupement de moniteurs d'escalade brevetés ou en formation par l'Association Suisse des Guides de Montagne	GME ASGM
Association Romande des Guides de Montagne	ARGM
Adolf D. Flüeli	Flüeli
SILVAFORUM	SILVAFORUM
Pro Natura	Pro Natura
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Institut für Umwelt und natürliche Ressourcen	IUNR
Naturfreunde Rheintal	NF Rheintal
Gruppo di Educazione Ambientale della Svizzera Italiana	GEASI
Netzwerk Schweizer Pärke	NWSP
Dr. Matthias Häuptli	Häuptli
Fabrice Pini	Pini
Alex Schneider	Schneider